

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 146.

Donnerstag, den 25. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Englischer Arbeiterschutz.

iv. Bekanntlich war es England, das auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes voranging und dessen Fabrikgesetzgebung in keinem geringeren als in Karl Marx seinen weltgeschichtlichen Interpreten fand. Im „Kapital“ finden wir die Höhenjahre der englischen Fabrikinspektion geschildert. Das war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Was inzwischen aus diesem englischen Arbeiterschutz geworden ist, darüber enthält das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands höchst interessante Schilderungen. In ihm wird dargestellt, wie sich die englische Fabrikinspektion in eine Farce verwandelt hat, wie sie, die einst das Blachfeld gefürchteter sozialer Volkstribunen war, jetzt zum Tummelplatz für politische Protektionskinder geworden ist, und das alles unter der Herrschaft der demokratischen Regierung. Auf Grund neuer Verordnungen des Herrn Gladstone, des jetzigen Ministers des Innern, werden die tüchtigsten Kräfte der Inspektion lahmgelegt. Ihre Stellen nehmen soziale Giganten ein, die vielleicht ein Examen über Ästhetik und schöne Literatur bestanden, aber keinen Begriff vom praktischen industriellen Leben haben und denen die materielle Gesetzgebung über den Arbeiterschutz meistens ein unaufgeklärtes Geheimnis bildet. Die praktisch geschulten Assistenten haben kein Recht, die großen Fabriken zu kontrollieren, dieses Recht steht ihnen nur für die kleinen Werkstätten zu. Das Resultat entsprach dieser glorreichen „Reform“. Im Jahre 1907 wurden 133 441 Personen in Fabriken und Werkstätten verletzt. In 10 Jahren schwoll die Ziffer der Verletzten auf 893 736 an, die der Getöteten auf 10 211. Im Jahre 1907 hatte sich die Zahl der tödlichen Unfälle um 62, die der Verletzungen um 115 Prozent im Vergleich zu 1898 erhöht.

Daß diese ungeheuren Menschenopfer auf das Konto der skandalösen Fabrikinspektion fallen, beweist der ungenannte Verfasser des Artikels an einer ganzen Fülle von Tatsachen.

Die Arbeiterpartei fordert von der Regierung Abhilfe; die Regierung verspricht, neue 34 Assistenten anzustellen, als ob es darauf ankäme, daß noch mehr Leute unter der Herrschaft dieses Systems nichts zu tun haben oder nichts tun wollen.

So ist also die einst hochberühmte englische Fabrikinspektion auf den Hund gekommen. Das liegt aber nicht in den Händen, in deren Händen jetzt die Fabrikinspektion ruht, sondern an der Wandlung in der politischen und ökonomischen Lage Englands, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sich vollzogen hat.

Die englische Arbeiterschutzgesetzgebung ist ein Resultat nicht nur des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das industrielle Bürgertum, sondern auch des Kampfes dieses Bürgertums mit der Grundbesitzerklasse. Zwischen dem Gesetz vom Jahre 1833 bis zu dem vom Jahre 1848, das die Grundlage des englischen Arbeiterschutzes bildet, liegt nicht nur die Chartistenbewegung, der Kampf der ersten Arbeiterpartei Englands, sondern auch der Kampf des industriellen Bürgertums mit der Grundbesitzerklasse um die Aufhebung der Kornzölle. Dann kamen die Jahre der enormen Entwicklung der englischen Industrie. Dank ihrer Stellung auf dem Weltmarkt heimten die englischen Fabrikanten enorme Profite ein. Sie gaben teilweise ihre schroffe Feindschaft dem Arbeiterschutz gegenüber auf, was bald auch von ihren manchesterlichen Klopffechtern in der Wissenschaft nachgeahmt wurde. Das war aber nur der eine Grund, die Unternehmer „arbeiterfreundlich“ zu machen. Der andre bestand in der Angst vor der politischen Bewegung, die sich von Mitte der sechziger Jahre an unter dem Einfluß der Internationalen Arbeiterassoziation im englischen Proletariat festsetzte. Es folgte die Attacke der Arbeiter auf das englische Parlament mit dem Erfolge, daß die ersten Arbeiter in die geheiligten Hallen der „Mutter der Parlamente“ einzogen. Dies wirkte alarmierend auf die gesamte bürgerliche Welt. Schleunigst machte man auf dem Gebiete des Gewerkschaftsrechts wesentliche Konzessionen und die Arbeiterschutzgesetzgebung wurde vereinfacht und zusammengefaßt. Die „Kapitäne der Industrie“ warfen von ihrem üppigen Mahlszettel und da einen Brocken den genügsamen Arbeitern zu.

Die folgenden Jahrzehnte verzeichneten nun nicht nur keine Fortschritte des Arbeiterschutzes, es entstand auch eine gewerkschaftsfeindliche Stimmung; die in der berühmtesten Taff-Bale-Entscheidung ihren Gipfelpunkt fand. Das Bürgertum — die Times voran — zeterte nicht nur gegen die Gewerkschaften, es war auch ganz zufrieden, als ein Minister der liberalen Regierung, der Sohn des „great old man“ der Fabrikinspektion jede

ernste Bedeutung durch administrative Verordnungen wegnahm.

Der Grund für diese Erscheinung ist klar. Das Emporwachen neuer Mächte auf dem Industriemarkt und der relative Stillstand in der Entwicklung der englischen Technik schmälerten die Profite der Fabrikanten. Die so oft von allen sozialreformerischen Professoren wegen ihrer Weitblickigkeit gepriesenen englischen Fabrikanten griffen nicht zur Verbesserung der Technik, sondern sie jammerten über die Arbeiterschutzgesetzgebung, über die Gewerkschaften, und die von ihnen der „Industrie“ auferlegten Lasten. Und die mitfühlende liberale Regierung half ihnen im stillen, wo sie konnte, wie die skandalöse Entwicklung der Fabrikinspektion beweist. Jetzt aber erscheinen auf der politischen Szene keine Castlers und keine Whleys, oder andere konservative Arbeiterfreunde. Trotz der Teilung in Konservative und Liberale bildet jetzt die englische Bourgeoisie in Arbeiterfragen eine reaktionäre Masse.

Trotzdem kann man darauf rechnen, daß die Regierung dem Drängen der Unternehmerklasse nach Arbeiterertrag einwilligen einen Dämpfer aufsetzen und in sozialer Reform machen wird. Die junge emporschwellende Arbeiterbewegung ist stark genug, um die Regierung mit Sorge zu erfüllen und sie zu sozialen Reformen zu drängen; sie ist aber noch nicht stark genug, um den Bourgeoispolitikern die Hoffnung zu rauben, daß sie sich nicht mehr von ihnen ködern ließe. Es ist also möglich und wahrscheinlich, daß die Herren ihre mit der Einführung der Alterspensionen bereits begonnene Flickarbeit fortsetzen werden.

Es wird die Sache der sozialistischen Parteien Englands sein, durch eine energische Propaganda der Bourgeoisie das Spiel zu verderben und die eventuellen Früchte, die die Furcht vor dem Sozialismus zeitigt, in die Schauern der Sozialdemokratie selber zu speichern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu den Landtagswahlen im Ruhrrevier.

Die blockreifeinnige und die nationalliberale Presse hat ein großes Gezeter erhoben darüber, daß die Sozialdemokratie dem Zentrum in den Kreisen Dortmund und Land, Bochum und Mülheim a. d. R. zum Siege verholfen habe, noch dazu ohne Gegenleistung. Unsere Parteiorgane in Dortmund, Bochum und Duisburg stellen demgegenüber fest, daß die Sozialdemokratie der drei Kreise gehandelt hat, wie sie handeln mußte. Denn den erbittertesten Feinden der Arbeiterschaft, den Vertretern der großindustriellen Scharfmacher und wütenden Gegnern des gleichen Wahlrechts, ja zum Teil sogar des geheimen Wahlrechts, standen Zentrumskandidaten gegenüber, die die von der Sozialdemokratie verlangte Erklärung abgegeben haben: 1. Für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen stimmen zu wollen. 2. Bei der Verhandlung und Abstimmung über einen entsprechenden Antrag im Abgeordnetenhaus anwesend zu sein. 3. Für eine Neuregelung der Wahlkreise eintreten und stimmen zu wollen. Wir meinen, daß sich gegen diese Entscheidung nicht das geringste einwenden läßt. Angesichts dieser Erklärungen der Zentrumskandidaten, die im Punkt 3 noch über das hinausgehen, was die Zentrumspartei bisher offiziell vertreten hat, mußten unsere Genossen dem Zentrum gegen die nationalliberalen Wahlrechtsfeinde zum Siege verhelfen, ohne das von Gegenleistungen abhängig machen zu können. Unseren Zwecken kann es nur dienlich sein, wenn im Zentrum drei auf die oben wiedergegebenen Erklärungen gewählte Abgeordnete sitzen, Abgeordnete, die vornehmlich von Arbeitern gewählt sind und deren Verhalten zur Wahlreform unter der noch dem Zentrum folgenden Arbeiterschaft so oder so aufzurütteln wirken muß. Der Nationalliberalismus hat eine hundertfach verdiente Niederlage erlitten, das Zentrum des Ruhrreviers ist mit Verpflichtungen für die Wahlreform beladen worden, die es nicht abwerfen kann, ohne Schaden zu leiden.

Die Warenhaussteuer.

Die Warenhaussteuer soll bekanntlich nach Ansicht ihrer Befürworter und Urheber dazu dienen, die Warenhäuser zwecks Erschwerung ihres Umsatzes, um sie zu höheren Preisen zu nötigen, einer Belastung zu unterwerfen im Konkurrenzinteresse der kleinen Gewerbetreibenden. Es ist vorausgesetzt worden, daß diese Steuer ihren Zweck verfehlen werde wegen ihrer Abwälzbarkeit. Wie schon andere Handelskammern, so hat jetzt auch die Dresden-er sich dazu guttlich geäußert: „Es ist festzustellen, daß zwar bei gewissen, mit sehr geringem Nutzen gehandelten Rohstoffen, Kolonialwaren und dergleichen die Warenhaussteuer nicht auf den Lieferanten abgewälzt werden kann. Dagegen findet die Abwälzung auch

jetzt noch, und trotz Konventionen, Kartellen usw., bei vielen Waren, insbesondere Fertigerzeugnissen, statt, die in zahlreichen Betrieben in den verschiedensten Qualitäten und Preislagen hergestellt werden. Die Abwälzung erfolgt vornehmlich entweder durch Gewährung besonderer Vergünstigungen hinsichtlich der Zahlungsweise oder durch Gewährung eines besonderen Warenhaussteuerbonus. Lieferanten, die auf die Abwälzung nicht eingehen wollten, gingen die Aufträge verloren. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit der Abwälzung der Steuer ist anzunehmen, daß die von dieser betroffenen Geschäfte in der Regel, und mit Ausnahme der oben bezeichneten Waren, Mittel und Wege finden werden, die Steuer abzuwälzen, und zwar in der Hauptsache auf die Lieferanten.“ Da hat aber die Abwälzungspraxis nicht ihr Ende. Die Fabrikanten tragen natürlich gar keine Bedenken, die Last von sich wieder auf ihre Arbeiter abzuwälzen, sei es durch stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft oder durch Lohnreduktion und durch Verschlechterung des Akkordlohnwesens. Die Arbeiter sind diejenigen, die von den unklugen Experimenten der Warenhaussteuer getroffen werden.

Die Reichsfinanzen.

Im Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Reichsräte wurde Montag über die Reichsfinanznot geredet. Die Debatte ist weniger bemerkenswert wegen ihres Inhalts, als wegen ihrer Form. Man weiß ja, daß Herr Pfaff, der bayerische Finanzminister, neben seinem preußischen Kollegen Rheinbaben ein Hauptgegner direkter Reichssteuern ist. Man wird sich daher kaum wundern, daß er sich als Anhänger einer Inflationsteuer bekannte. Wir zweifeln keinen Moment, daß diese Steuer allen Reaktionen angenehm wäre. Denn neben einer Belastung des Verkehrs bedeutete sie zugleich eine arge Schädigung für die Presse und was könnte den Herren angenehmer sein als der Arbeiterpresse einen Schaden zuzufügen? Da aber diese Steuer nicht nur Arbeiter trifft, sind ihre Aussichten bei der Blockmajorität kaum besonders gute. Bemerkenswert ist nur, daß die hohen Herren des Reichsrats doch nicht soviel preußische Junkerfrechheit aufbringen, um der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten allzuviel Opposition entgegenzusetzen. Dafür zeigten sie sich aber sonst nicht weiter schüchtern und forderten neben Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuern noch Quittungs-, Reklame-, Vergnügungs- und Luxussteuern. Aber dies alles ist nicht besonders neu. Jedoch die Form der Begründungsreden läßt bereits die „patriotische“ Schwindelregie erkennen, mit deren Hilfe das deutsche Volk wieder einmal betrogen werden soll. Da wurden ein paar Torheiten aus ausländischen Blättern zitiert, die die deutsche Finanzlage Grau in Grau malen. Da wurde es so hingestellt, als ob es die „nationale Sicherheit“ erfordere, die Finanzreform mit möglicher Schnelligkeit zu erledigen. Nachdem Jahre und Jahre lang Schulden über Schulden gehäuft wurden, soll jetzt dem deutschen Volke überhaupt keine Zeit zur Prüfung und nüchternem Urteil gelassen werden. Man will das Volk in patriotischen Tadel versetzen und dann soll die Blockmajorität das deutsche Volk über den Haufen werfen. Aber man soll sich doch nicht täuschen. Selbst wenn es wahr wäre, daß die Reichsfinanzreform so dringend ist und wir sind die letzten, die bestreiten, daß es mit der Schuldenwirtschaft nicht so weiter gehen kann — so kann kein patriotischer Schwindel darüber hinwegtäuschen, daß es sich den Besthenden nur um das Privileg ihrer Steuerfreiheit im Reiche handelt und um nichts anderes. Wenn sie so patriotisch sind, so mögen sie es doch endlich einmal beweisen und die Kosten ihres Patriotismus selbst zahlen. Unser Mißtrauen gegen ihre patriotischen Phrasen würde geringer werden, wenn sie das Defizit der halben Milliarde durch direkte Reichssteuern sich zu decken bereit erklärten. — Im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde Finanzminister v. Pfaff vom Abgeordneten Dr. Pichler wegen der angeblich geplanten Reichs-Elektrizitätssteuer interpelliert. Der Finanzminister erklärte, er sei in einer peinlichen Lage. Ihm seien die Vorschläge des Reichsschatzsekretärs Sydow zugegangen. Die Entwürfe seien vertraulich und er könne nicht darüber reden. Dr. Pichler forderte darauf den Minister auf, mit der größten Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß Bayern vor der Schädigung einer Elektrizitätsabgabe bewahrt bleibe. Die Regierung habe die Volksvertretung bei diesem Widerstand gegen die Berliner Pläne geschlossen hinter sich. Dr. v. Haller (Soz.) führte aus, die Erklärung des Ministers lasse genug zwischen den Zeilen durchblicken. Der Minister solle sich mit seinen jüdischen Kollegen zu einer entschiedenen Abwehr der drohenden

preussischen Pläne vereinigen. Herr v. Fraendorfer hatte kurz vorher erklärt, daß an ein Elektrizitätsmonopol nicht gedacht werde, daß aber die Gefahr einer Elektrizitätsabgabe vorliege.

Wie Ministererklärungen zu bewerten sind.

Bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes erklärte der Staatssekretär des Innern, v. Bethmann-Hollweg, im Namen der Regierung ausdrücklich, daß der Sprachparagraph auf gewerkschaftliche Versammlungen keine Anwendung finden solle. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Anwendung des Sprachparagraphen auf Gewerkschaftsversammlungen im Ruhrrevier, wo nächst den östlichen Gebieten mit alleingesehener polnischer Bevölkerung die Zahl der polnischen Einwohner größer ist als in allen anderen Teilen Deutschlands, und wo die vorläufigen Ausnahmen, die den Kreisen mit 60 Prozent alleingesehener fremdsprachiger Bevölkerung zu gute kommen, nicht Platz greifen, da im Ruhrrevier die Polen eben nicht alleingesehene sind. Zudem bilden sie auch in keinem der rheinisch-westfälischen Kreise mehr als 60 Proz. der Bevölkerung. Die Gewerkschaftsbewegung im Ruhrrevier ist also an einer Handhabung des Sprachverbots, wie sie der Staatssekretär des Innern versprochen, sehr stark interessiert. Wie aber erfüllen die Verwaltungsbehörden des Ruhrreviers das Versprechen des Staatssekretärs? Zu Anfang des Monats Juni hat der Regierungspräsident von Arnsberg dem Bescheid erteilt, daß in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen nur deutsch, nicht polnisch gesprochen werden darf! Und einige Tage später hat der Regierungspräsident von Münster einer polnischen Berufsvereinigung ohne Angabe von Gründen denselben Bescheid erteilt! So achten die preussischen Regierungspräsidenten die Versprechungen des Staatssekretärs des Innern! Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind nicht überrascht. Sie wissen aus langjähriger Erfahrung, daß die schönen Versprechungen der Minister für die Polizei noch niemals Hindernisse für die ausschweifendste Auslegung und Anwendung volksfeindlicher Gesetze gewesen sind und haben vorausgesehen, daß es hier nicht anders sein werde. Was aber sagen jene christlichen Gewerkschaftler und freisinnigen Abgeordneten, die mit dem Hinweis auf die Versprechungen des Staatssekretärs ihre Zustimmung zu dem Sprachparagraphen des Sprachverbots beschönigt haben?

Die Döberitzer Rede.

Eine militärische Untersuchung soll, angeblich auf direkten Befehl Wilhelms II., eingeleitet worden sein, um zu ermitteln, wer die Döberitzer Rede der Presse bekannt gegeben habe. Alle bei der betreffenden Rede zugegenen Offiziere werden sich ehrenwörtlich zu verantworten haben, ob sie dem Herausgeber der Korrespondenz, die die erste Nachricht brachte, direkt oder indirekt über den Inhalt oder den Wortlaut der Rede irgendwelche Mitteilungen gemacht haben. Zu einem Verfahren gegen den Herausgeber der Korrespondenz selbst, von dem ein Berliner Blatt zu melden wußte, fehlt jedoch, so heißt es weiter, jede gesetzliche Handhabe. — Merkwürdig! Die Offiziere behaupteten doch, Wilhelm II. habe jedem Deutschen aus der Seele gesprochen. Aber dann durfte seine Rede doch bekannt werden. Oder nicht?

Italien.

Der Generalfreist in Parma. Die Behörden von Parma haben die Freigabe der Arbeitskammer, die der Präfekt bereits zugesagt hatte, auf den Protest des Gemeinderats hin verweigert. Infolgedessen dauert der Generalfreist in Parma weiter. Die Gasleitung und das elektrische Licht funktionieren nicht mehr. Parma ist von der Umgebung abgeschnitten und der Fleisch- und Brotmangel wird immer fühlbarer. Die Verhaftungen dauern an. Zahlreiche Parteigenossen und die Organisatoren des Streiks werden verhaftet. Die Organisation der Selben bleibt natürlich unbehelligt. In Bologna und Spezia traten die Arbeiter in den Solidaritätsstreik, der ruhig verläuft. In der Gemeinde Olivadi (Calabrien) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizisten, der aber rein lokalen Ursachen entsprang und in keiner Beziehung zu den Vorgängen in Parma steht. Trotzdem erhöhen solche Nachrichten die Beunruhigung, die sich der öffentlichen Meinung bemächtigt hat. Von anderer Seite wird berichtet, daß es gelungen ist, den Ausstand zu beenden.

Rußland.

Russische Praktiken sind preussische Praktiken. Eine Entscheidung des russischen Senats verbietet sämtlichen Staats-, Landschafts- und Kommunalbeamten die Zugehörigkeit zur Kadettenpartei und zu anderen staatsfeindlichen Parteien.

Die russische Duma legte Dienstag die Beratung über den Etat des Ministeriums für Volksaufklärung fort. Purischkewitsch (extreme Rechte) hielt eine mehrstündige Rede, in welcher er hauptsächlich über Volksschulen sprach und ausführte, die nationale patriotische Volksschule sei der Grundstein der Staatsmacht und des Volkswohlstandes. Er wies auf den Ausspruch Bismarcks vom deutschen Volksschullehrer, der den Feind besiegte, hin und sagte, auch für die höheren russischen Lehranstalten könne Deutschland Rußland zum Vorbild dienen. Des weiteren wies er auf die patriotische Richtung der deutschen studentischen Korporationen hin. In der Tat haben es die deutschen studentischen Organisationen, nämlich die Korps, wohl verdient, von dem „geistigen“ Hauptling der russischen Antisemiten und Pogromisten gelobt zu werden. Sie sind des Geistes, der „oben“ wohlgefällig ist.

Eine außerordentliche geheime Sitzung der vereinigten Budget- und Militärkommission der Duma, in der über die Bereitstellung eines besonderen Kredits zur Ergänzung der Kriegsvorräte in Höhe von 293 Millionen Rubeln beraten wurde, fand in Gegenwart des Finanzministers, des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs statt. Die Kommissionen befürworteten die vorläufige Be-

willigung von 93 Millionen Rubeln, die ratenweise gezahlt werden sollen. Die erste Rate in Höhe von 53 Millionen soll in diesem Jahre gezahlt werden.

Serbien.

Die Kabinettskrise ist noch nicht gelöst, da die Jungradikalen sich einem Ministerium Belimotrowitsch gegenüber ablehnend verhalten wollen.

Marokko.

Deutschland und Muley Hafid. Einem Berliner Telegramm der „Königlichen Zeitung“ zufolge ist die Annahme einer Zuschrift des „Temps“ aus Mekines unzutreffend, daß Muley Hafid am 3. Juni durch besonderen Boten eine längere schriftliche Mitteilung der deutschen Gesandtschaft in Tanger erhalten habe. Die deutsche Gesandtschaft habe mit Muley Hafid keinen Schriftwechsel geführt und beobachtet überhaupt in dem marokkanischen Thronstreit sorgfältige Zurückhaltung.

Abdul Aziz in der Geldklemme.

Nach einem Telegramm der „Königlichen Zeitung“ aus Tanger trafen dort der französische Konsul und der Anführer der französischen Militärmission aus Rabat ein, um im Namen des Sultans Abdul Aziz den französischen Gesandten zu bitten, die Gewährung eines Darlehens von drei Millionen Francs für Abdul Aziz zu bekräftigen. Das Ansinnen wurde in Paris unter Hinweis auf die verzweifelte Lage des Sultans abgewiesen, ebenso wie vor kurzem auch ein Gesuch des französischen Gesandten um Gewährung eines Darlehens von 4 Millionen Francs für die Bezahlung der Unternehmungen des Sultans gegen die Regierung Muley Hafids.

Ueber das Gesecht bei Smoinen veröffentlicht das französische Kolonialministerium eine ausführliche Meldung: Danach wurde der Hauptmann Mauchin an der Spitze von 30 Kamelreitern am 14. Juni von mit Repetiergewehren bewaffneten Mauren angegriffen. Der Hauptmann und ein Sergeant wurden getötet, und auch sonst erlitt die Abteilung schwere Verluste. Nach Privatdepeschen aus Dakkar soll die Kamelreiter-Abteilung niedergemetzelt und ihre Waffen sowie ein Geschütz von den Mauren erbeutet worden sein. Die aufständische Bewegung in Mauretanien hat so sehr um sich gegriffen, daß der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika den Befehl erlassen hat, die Verproviantierung der Posten nur durch genügend starke Truppen-Abteilungen vornehmen zu lassen.

Persien.

Die Reaktion unter Führung des Schahs hat anscheinend vorläufig die Oberhand bekommen. Mit Hilfe der Kosaken ist das Parlamentsgebäude zerstört worden. In ganzen wurden etwa siebzig Menschen getötet oder verwundet. Alle hervorragenden Mitglieder der Nationalpartei, einschließlich der Parlamentsmitglieder, und hohe Geistliche sollen verhaftet sein. Es fand eine Plünderung der Stadt statt, die sich auch auf das europäische Viertel ausdehnte. Die Stadt ist jetzt in Händen des russischen Generals Likhnow, der die Kavallerie befehligte. Die fremden Gesandtschaften sind nicht in Gefahr. Die Zerstörung der großen Moschee durch das Bombardement hat das Volk aufs tiefste empört.

Weitere Meldungen aus Teheran besagen: Nach Beendigung des sechsständigen Bombardements trat langsam Ruhe ein, die auch die Nacht hindurch und bis Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr anhält. Dann aber setzte wieder heftiges Gewehrfeuer ein, dem bald der Donner der Geschütze folgte. Das Haus Jahirs ed Daulch, des gegenwärtigen Gouverneurs von Rescht, dessen Sohn verhaftet und dem Schah eingeliefert wurde, wurde bombardiert. Jedes bombardierte Haus wird, sobald es zerstört ist, vom Volke sofort geplündert; so auch in diesem Falle, obgleich das Haus mitten im Europäerviertel liegt. Die Kosakenbrigade feuerte auch auf einige Verwundete. Von den Verfolgten wurde nur geringer Widerstand geleistet. Wie das Reuterische Bureau erfährt, sind aus englischen amtlichen Quellen Depeschen aus Teheran über die dortige Lage eingegangen. Sie bestätigen in der Hauptsache die telegraphischen Nachrichten, die von anderer Seite stammen. Das Reuterische Bureau fügt hinzu, seitens Englands und Rußlands werde nicht beachtet, sich in die inneren Angelegenheiten Persiens zu mischen, aber beide Regierungen hätten nun veranlaßt, daß den Beteiligten bekannt gegeben werde, sie dürften nicht auf irgendwelche Unterstützung bei dem Versuch rechnen, die gegenwärtige Dynastie Persiens zu stürzen oder auf die Volksvertretung einzuwirken. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur aus Teheran findet seit dem frühen Morgen ein Scharmügel zwischen den Aufständischen und den Reaktionsären statt. Auf Seiten der letzteren steht die Heftigkeit. (In dieser Beziehung ist es also in Persien wie bei uns. Red.) Die Bazare, Bankhäuser und Bureaus sind geschlossen. Der Telephonbetrieb ist unterbrochen.

England.

Achtstundentag im Bergbau. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag der Bergleute im Unterhaus kündigte der Staatssekretär des Innern, Gladstone, an, daß er später Änderungen vorschlagen werde, zum Zweck der Prüfung der Schwierigkeit, die durch eine plötzliche Kürzung der Arbeitsstunden hervorgerufen werden könne. Die Wirkung dieser Änderungen werde sein, daß während eines Zeitraumes von fünf Jahren die Durchschnittsarbeit acht und eine halbe Stunde betragen würde und gegen das Ende dieses Zeitraumes die Bestimmungen des Gesetzes mit einigen leichten Änderungen in Kraft treten würden. Gladstone führte alsdann eine Anzahl von Betriebsunfällen als Beweise zugunsten des Gesetzes an und erklärte, die Zahlen zeigten, daß die Arbeit der Bergleute keine gesunde Beschäftigung sei. Die Bergarbeiter litten unter besonderen Krankheiten. Da sei zum Beispiel die Augenkrankheit, dies scheine jedoch kein Gegenstand der Sorge für die Opposition zu sein. (Laute Zurufe:

Juridikern!) Der Sprecher sagte, er halte dafür, daß solche Bemerkungen nicht in der Ordnung seien. Gladstone nahm die Bemerkung sofort zurück und gab die Erklärung ab, das, was er habe sagen wollen, sei, daß die Opposition ihre Auffassung bezüglich der Gesundheitsverhältnisse der Bergleute auf die Sterblichkeitslisten stütze und die erwähnte Krankheit außer acht lasse, die sehr ernst sei. Alsdann führte Gladstone aus, daß in anderen Ländern auch das Bestehen bestehe, eine Begrenzung der Arbeitsstunden einzuführen, und erwähnte, daß die deutsche Regierung den Grundsatz der Begrenzung der Arbeitszeit angenommen habe, wo die Gesundheit dies erfordere. Redner betonte schließlich, daß das Gesetz keinen Einfluß auf die Kohlenförderung haben werde.

Vereinigte Staaten.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Grover Cleveland, ist gestorben. Grover Cleveland wurde am 18. März 1837 als Sohn eines presbyterianischen Geistlichen geboren, war Lehrer an einem Blindeninstitut, wurde 1855 Schreiber bei einer Anwaltsfirma in Buffalo, benutzte die freien Stunden zum Studium der Rechte und ließ sich 1859 als Advokat nieder. 1863 wurde er zum Hilfsadvokaten ernannt, 1870 zum Sheriff von Erie County, 1881 zum Bürgermeister von Buffalo und 1882 zum Gouverneur des Staates New York. Im Dezember 1883 wurde er als Kandidat der demokratischen Partei zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt; bei der Präsidentenwahl im Jahre 1888 unterlag er dem republikanischen Kandidaten Harrison, errang aber bei der nächsten Wahl 1892 einen Sieg über Harrison. Er eröffnete am 1. Mai 1893 die Weltausstellung in Chicago. Eine Tarifreform vermochte er wegen des Widerstandes des Senats nur in beschränktem Maße durchzusetzen. Bei den Neuwahlen 1896 trat er nicht wieder als Kandidat auf und legte am 4. März 1897 sein Amt nieder. 1899 wurde er Professor der Staatswissenschaften an der Universität Princeton in New Jersey.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 25. Juni.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Siedbaurarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Börner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Jabs, Gjaloffstraße, F. Wädel, Krempeisdorfer Gasse. — Zugang von Mauren nach Fehmarn ist fernzuhalten.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie S. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Achtung Arbeiter! über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Malfeyer und Stellung einer Lohnforderung gemäßigert wurden.

Achtung, Steinfeger und Hilfsarbeiter! Zugang ist fernzuhalten nach Lübbteen, Dassow, Klitz und Neumünster.

Die Bürgerschaft war gestern wieder einmal zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammengetreten. Trotz aller Geheimnisträmerie piffen es die Spagen von den Dächern, daß die Ausgabe von Genußscheinen an die Aktionäre des Hochofenwerks den Gegenstand der Beratung bilden würde. Der Staat ist bekanntlich leider Aktionär des Hochofenwerks, und so geht es ihn sehr viel an, wenn letzteres nicht recht gedeihen will. Aber auch die Einwohnerschaft Lübecks, welche doch durch ihre Steuern die für das Hochofenwerk notwendigen Mittel mit aufbringen muß, hat ein großes Interesse daran, zu erfahren, wie mit ihrem Gelde gemittelt wird. Unter diesen Umständen ist es gänzlich verkehrt, solche Senatsanträge, wie den gestern verhandelten, im geheimen zu beraten. Diese Erkenntnis muß wohl auch der Bürgerschaft gekommen sein, denn sie beschloß, wenigstens das Protokoll zu veröffentlichen. Ein derartiges Protokoll wird gewöhnlich so inhaltlos wie möglich gehalten; es besagt absolut nichts über die in der Beratung zum Ausdruck gebrachten Gründe oder Bedenken, sondern gibt nur einige Tatsachen wieder, zu welchen der Leser sich dann das weitere hinzugrübeln darf. Das Protokoll über die gestrige Bürgerschaftsversammlung besagt: Der Senat verstellte zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: 1. daß das Finanzdepartement für die vom Staate gezeichneten Aktien ermächtigt werde, dem Antrage des Vorstandes des Hochofenwerks Lübeck, Aktiengesellschaft, auf Ausgabe von Genußscheinen zuzustimmen und sich zum Bezuge der auf die vom Staate gezeichneten Aktien des Hochofenwerks entfallenden Genußscheine zum Betrage von 1300x150 = 195000 Mk. zu verpflichten; 2. daß der hierfür erforderliche Betrag von 195000 Mk. auf den Kapitalfonds angewiesen werde. Der Bürgerauschuß hatte die Annahme dieses Antrages gutachtlich befürwortet. Ein Änderungsantrag zu Ziffer 2 des Senatsantrages wurde vom Antragsteller im Laufe der Beratung zurückgezogen. Es wurde ein Antrag auf Schluß der Beratung gestellt, welcher genügend unterstützt, aber abgelehnt wurde. Dr. Lienau beantragte, die Versammlung auf den kommenden Montag zu verlagern und die Beschlußfassung über den Senatsantrag bis dahin anzusetzen. Die Bürgerschaft lehnte den Antrag von Dr. Lienau ab. Schulmerich erklärte, daß er sich der Abstimmung enthalten werde. Die Bürgerschaft erteilte dem Senatsantrage die beantragte Mitgenehmigung. Die Versammlung beschloß, das Protokoll über den Gegenstand der Verhandlung zu veröffentlichen. Wie wir erfahren, soll in der Debatte die Arbeiterfrage eine Hauptrolle gespielt haben. Ob man sich vielleicht vor einer öffentlichen Kritik der Arbeitsverhältnisse und was dazu gehört? Das wäre bezeichnend. Wir müssen uns nochmals entschieden gegen alle überflüssige Geheimnisträmerie wenden.

Über die Abhängigkeit der freien Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Presse — soll wohl heißen Parteil — orakelt das Amtsblatt wieder einmal in seiner gestrigen Abendausgabe. Anlaß dazu gibt ihm die Erklärung Regiens, daß der Hamburger Gewerkschaftskongreß überhaupt nicht in der Lage ist, selbständig die Malfeyer abzuschaffen. Durch die Anführung dieser zweifellos richtigen Tatsache wird die Abhängigkeit „bewiesen“. Daß die Malfeyer, die von dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris beschlossen worden ist, nur von einem internationalen Arbeiterkongreß beseitigt werden kann, ist zwar für jeden denkenden Menschen ohne weiteres einleuchtend. Die „Lübeckischen Anzeigen“ halten jedoch eine solche

Selbstverständlichkeit, die sie in ihrer Weise umfassen, für sehr wertvoll, vermutlich, weil sie annehmen, daß ihre verhehrt jeden Schwindler, wenn er sich nur gegen die Gewerkschaften oder die Sozialdemokratie richtet, für bare Münze nehmen. Und in diesem Blatt sollen Arbeiter öffentliche Versammlungen bekanntgeben! Wie!

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Straßenstrecke am Stadtgraben, von der Drehbrücke bis zur Holstenstraße vom Donnerstag, den 25. Juni, er ab bis auf weiteres für den durchgehenden Fußverkehr gesperrt.

Handelsregister. Am 24. Juni 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma Heinrich Adolf Michels in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma Lübeck Grob-Dampf-Wasch- und Plätt-Anstalt, Carl Ludwig Wendt in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma D. Gutter in Lübeck: Die Inhaberin ist jetzt mit dem Arbeiter J. C. Biper in Lübeck verheiratet; 4. bei der Firma Wilhelm Dose in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde findet heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr (Gesellschaftshaus Monopol) eine Mitgliederversammlung statt. Bei der Wichtigkeit des zur Beratung stehenden Gegenstandes ist zahlreicher Besuch sehr erwünscht. Am Sonntag den 28. d. M. wird an Stelle des aus verschiedenen Gründen in diesem Jahre noch nicht aufzuführenden Sommerfestes ein Spielfest stattfinden. Die Vorbereitungen hierzu liegen in den bewährten Händen des Spielplatzausschusses.

pb. Diebstahl auf einem Dampfer. Aus der Kajüte eines beim Schuppen Nr. 9 verankerten Vergügungsdampfers wurden in der Nacht vom 23. zum 24. d. Mts. mittels Öffnung der Tür mit dem dazu gehörigen Schlüssel sechs Flaschen Lagerbier, eine halbe Flasche Eier-Rognon und 20 Zigarren gestohlen. Es ist weiter versucht worden, durch Einschlagen einer Glasscheibe einen dort befindlichen Schotladen-Automaten zu rauben.

pb. Entwendete Dachrinnen. Aus einem Abbruch in der Wöhrerstraße wurden etwa zwei Meter Zink-Dachrinnen gestohlen.

pb. Eine Regentranke gestohlen. In der Zeit vom 14. bis 17. d. Mts. wurden auf dem Gute Neuhof bei Lübeck etwa 10 Meter Regentrauben aus Zink gestohlen.

pb. Des Diebstahls verdächtig. Festgenommen wurde ein Erdarbeiter aus Galizien, der dringend verdächtig ist, am verflohenen Sonntag in Schlutup dem Sohne seines früheren Logiswirtes einen getragenen Jacketanzug gestohlen zu haben. Der Anzug, der bisher noch nicht ermittelt werden konnte, ist aus dunklem Stoff mit matten grünen und roten Streifen gearbeitet.

pb. Hehler und Stehler. Ein Bäckerknecht von hier, der mit dem am 23. d. Mts. festgenommenen Bäckerlehrling gemeinschaftlich Brotdiebstähle ausführte, wurde festgenommen. Ein Brothändler-Gehpär, welches den beiden das Brot unter dem Wert abkaufte, wird sich wegen gewerbsmäßiger Hehler zu verantworten haben. Der Gehmann außerdem noch wegen Anstiftung seines Pflegejüngers zum Diebstahl.

pb. Beschwehler. In zwei hiesigen Wirtschaften hat sich am 20. bzw. 22. d. Mts. ein Unbekannter dadurch der Beschwehler schuldig gemacht, daß er sich Speisen und Getränke geben ließ, dann das Lokal in der Weise verließ, daß er den Gläubiger erweckte, er wolle einen Abort aufsuchen, sich aber heimlich, ohne zu bezahlen, entfernte. Der Betrüger scheint etwa 20-23 Jahre alt zu sein, hat starkes, dunkles Haar, kleinen Schnurbart, ist von mittlerer Statur. Er war bekleidet mit hellblauem Jacketanzug, grauer Weste, und hat vermutlich eine weiche Sportmütze getragen, die man in die Tasche stecken kann, denn er ist mit entblößtem Haupte zur Gasse hinausgegangen.

pb. Festgenommen wurden in Travemünde ein Schlachterlehrling, der sich hier in Lübeck der Unterschlagung schuldig gemacht hat, und ein Kaufmann aus Waldmischelland, der sich des Betruges zum Nachteil eines Hotelbesizers in Travemünde schuldig machte.

Wann erlischt die Anwartschaft auf Rente? Bei versicherungspflichtigen Personen erlischt die Anwartschaft (der Anspruch) auf Rente, wenn nicht mindestens während der letzten zwei Jahre 20 Beitragswochenmarken geklebt sind. Das kommt sehr häufig vor, wenn ein Arbeiter aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis ausscheidet, oder auch bei Arbeitslosigkeit; bei Ehefrauen tritt dieser Fall ein, wenn sie infolge häuslicher Umstände der früheren Beschäftigung nicht mehr obliegen können. Solche Personen können aber dem Erlöschen der Anwartschaft dadurch vorbeugen, daß sie sich selbst weiter versichern. Bei Kur-Selbstversicherern erlischt die Anwartschaft, wenn in den letzten zwei Jahren nicht mindestens 40 Wochenmarken geklebt sind.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Der Schlager dieser Spielzeit: „Gretchen“ hatte auch bei der Aufführung im Hansatheater über einen stürmischen Erfolg zu quittieren. Morgen geht das lustige Stück schon zum 11. Male in Szene und wer einmal recht von Herzen lachen will, der versäume nicht diese Vorstellung; es können nur noch wenige Aufführungen stattfinden, da schon wieder eine Neuheit in Vorbereitung ist, die auch allseitiges Interesse in Anspruch nehmen wird, nämlich Ohorns „Wahnsinniger Krieg“. Die Proben haben bereits begonnen und wird die Erstaufführung schon in der nächsten Woche stattfinden.

Schwartzau. Die Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats Lübeck findet hier am Freitag, den 26. Juni, abends von 5-8 Uhr im Gasthof „Transvaal“ statt.

Hamburg. Ein schwerer Bootsunfall hat sich gestern morgen kurz vor 8 Uhr im Hafen ereignet. Die für eine Brauerei gemeinschaftlich arbeitenden Bierführer Peter Stein und Granzow wollten eine Partie Flaschenbier nach dem Baakenhafen bringen, zu welchem Zweck sie ihr eigenes Boot benutzten. Am der Mühle des Rudens überhoben zu sein, banden die Leute ihr stark beladetes Fahrzeug mit der Fangleine an den Schlepper „Kamerun“. Als der vom Baumwall ausgehende Dampfer auf den freien Strom hinausgekommen war, fuhr ein anderer Schlepper vorüber, dessen starke Dämmung über das hintere sehr tief liegende Boot hinwegschlug und es zum Sinken brachte. Die Leute des „Kamerun“ waren Rettungsgürtel über Bord, von denen einer von Granzow erfasst wurde; der Mann konnte gerettet werden. Peter Stein hat leider den Tod in den Fluten gefunden. Der Verunglückte hinterläßt zwei Kinder.

Mitona. Der Prozeß gegen den Millionen-betrüger Kommerzienrat Möller wurde gestern beendet. Das Gericht hat festgestellt, daß Möller sich des Konkursvergehens schuldig gemacht habe. Das Gericht stellt ebenfalls fest, daß Möller übermäßigen Aufwand getrieben hat. Des Konkursvergehens hat er sich schuldig gemacht durch Verbrennen der kleinen und großen Kassenbücher sowie durch Fälschung der Bilanzen; hierfür erstattete das Gericht auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. In 22 Fällen wurde Betrug festgestellt. Die Gesamtstrafe lautete auf fünf Jahre

Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust; die erlittene Unteruchungshaft wurde dem Angeklagten nicht angerechnet. Ein Sachverständiger hatte bekundet, daß er Möller für geistig in milderwertig und erblich belastet halte; in seiner Familie seien mehrfach Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen, und zwar noch in der jüngsten Zeit. Möller sei sehr abergläubisch und habe Handlungen nie unternommen, ohne daß er vorher irgend etwas getan, durch das sein Aberglauben gekennzeichnet sei. Wenn Möller wirklich geistig minderwertig und erblich belastet war — was bei reichen Leuten, die sich in einer für sie peinlichen Situation befinden, häufig bekundet wird — so würde er dennoch für würdig befunden, den Kommerzienratsstitel zu erhalten.

Kiel. Wegen Straßenraubes verurteilte das Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion den Matrosen Herling zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und zur Ausstößung aus der Marine. Er hatte gemeinsam mit drei Arbeitern in der Nacht des 14. Januar unweit des neuen Stadttheaters den Monteur Niepach überfallen und ihm 120 Mk. geraubt. Die Arbeiter liefen mit der Beute davon und Herling selbst war leer ausgegangen.

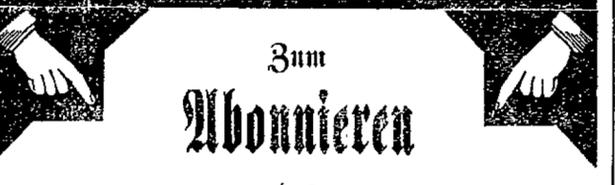
Hensburg. Familiendrama. Die Ehefrau des Buchhalters Meyer suchte durch Einatmen von Gas sich und ihre drei Kinder zu töten. Die Kinder im Alter von 6, 5 und 1 Jahr sind tot. Die Frau ist schwerverletzt. Die Ursache der Tat ist lieberlicher Lebenswandel des Gemannes. Es hat sich herausgestellt, daß Meyer Wechselfälschungen in Höhe von über 10 000 Mk. zum Nachteil seines Chefs, der Firma v. Eizen, verübte.

Güstrow. Schwarze Liste in der Presse. Seit einer Woche stehen die Arbeiter des Eisen- und Stahlwerks in Güstrow in Mecklenburg im Streit. Nach berühmten Mustern hat nun auch der Güstrower Unternehmer über die streikenden Arbeiter eine schwarze Liste und zwar in der mecklenburgischen bürgerlichen Presse veröffentlicht. Man liest da diese Bekanntmachung:

„Infolge Entlassung eines Arbeiters sind nachstehende Handwerker und Arbeiter unter Vertragsbruch im hiesigen Stahl- und Eisenwerk in den Zustand getreten und werden alle Arbeitgeber dringend ersucht, dieselben nicht zu beschäftigen und bereits eingestellte wieder zu entlassen.“

Der Vorstand des allgemeinen Vereins der Handel-, Landwirtschaft oder Gewerbetreibenden Arbeitgeber von Güstrow und Umgegend.

Dann folgen in tabellarischer Zusammenstellung die Namen von 116 Arbeitern mit Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtsdatum. Ob wohl ein Staatsanwalt auf den Gedanken kommt; hier liegt eine Nötigung und Verursachung vor?



Zum Abonnieren des „Lübecker Volksbote“

bietet der Quartalswechsel am 1. Juli eine günstige Gelegenheit.

Unsere Parteigenossen und Freunde werden ersucht, schon jetzt recht eifrig für die Erweiterung unseres Leserkreises tätig zu sein.

Schwerin. Ein neues Auftreten der mecklenburgischen Volksvertreter im Schweriner Theater soll in naher Aussicht stehen. Wenigstens berichten bürgerliche Blätter, die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wollten den außerordentlichen Landtag schon im August zusammenrufen.

Rostock. Ein schreckliches Bootsunglück, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich Dienstag nachmittag auf der Unterwarnow zwischen Langenort und Oldendorf. Der Bootsverleiher Kramer machte mit zwei Herren eine Segelpartie. An der bezeichneten Stelle kenterte infolge des böigen Windes das Boot und die Insassen fielen ins Wasser. Kramer hielt sich über Wasser, der eine Insasse bekam den Kopf zu fassen, der andere sank jedoch und ertrank. Der Ertrunkene ist ein hiesiger Student.

Oldenburg. Die Landkonferenz der drei Oldenburgischen und des 1. und 2. hannoverschen Wahlkreises tagte am Sonntag in Osterburg bei Oldenburg. Hug-Want berichtet als Vorsitzender über die Tätigkeit des Vorstandes. Das abgelaufene Jahr war ein arbeitsreiches; bald nach der vorjährigen Konferenz fanden die Kommunalwahlen statt, die in einzelnen Orten großen Erfolg brachten. Die Reichstagswahl am 1. hannoverschen Wahlkreis brachte uns einen Stimmenrückgang, der auf den Kampf mit einem anständigen eingeborenen liberalen Gegner und dem nichtswürdigen und verlogenen Auftreten der Antisemiten zurückzuführen ist. Auch die Wahlrechtsvorlage im Landtag hat nicht die Zustimmung weiter Kreise gefunden, die Fraktion mußte aber nachgeben, um eine Verschlechterung zu verhindern. Redner wandte sich scharf gegen die Regierung, die der Arbeiterschaft gegenüber eine absolute ist. Das ist zum Ausdruck gekommen durch die Nichtbestätigung von Sozialdemokraten in den Gemeindevorständen, bei den Ausführungsbestimmungen zum neuen Vereinsgesetz und durch Ausschluß des „Norddeutschen Volksblattes“ von den Zeitungen, durch deren Publikation sich eine Anmeldung von Versammlungen erübrigt. Parteisekretär Schulz konnte einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern in allen Wahlkreisen konstatieren und empfahl neben der Pflege der Statistik eine rege Agitation für die Parteipresse. In der Diskussion wurden viele Wünsche und Anträge eingebracht, die dem Vorstand überwiesen wurden, so die Herausgabe einer monatlichen Agitationschrift. Der Antrag, das Parteisekretariat von Want nach Oldenburg zu verlegen, wurde abgelehnt, ebenso ein solcher auf Schaffung einer erweiterten Bezirkskommission, aus Vertretern der fünf Wahlkreise bestehend. Aber die bevorstehenden Landtagswahlen referierte Landtagsabgeordneter Helm an Oldenburg. Er empfahl, überall dort, wo es möglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, sich zu beteiligen. Was reaktionäre Clement muß zurückgedrängt und Kompromisse mühten nach Lage der Verhältnisse erwogen werden. In der Diskussion wurde

ein Antrag auf Einbringung eines Notariatsgesetzes angenommen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, daß sich die einzelnen Ortsvereine mehr mit kommunalpolitischen Angelegenheiten zu beschäftigen und eigene Kandidaten anzustellen haben. Als Vorsitzender wurde Genosse Hug (Want) einstimmig wiedergewählt.

Bremen. Beim Baden an verbotener Stelle ertrunken. Ein Arbeiter wollte unweit der Schleusenanlagen bei Hastede ein Bad nehmen. Er fand dabei den Tod. Seine Leiche ist noch nicht aufgefunden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Kasernenbild. Schon seit Jahren hat sich das Kriegsgericht der 16. Division (Regierungsbezirk Trier) mit einer außerordentlich hohen Zahl von Desertionen zu befassen gehabt, und diese Häufigkeit wurde in den Urteilen vielfach als straferschwerend bezeichnet. Durch eine Verhandlung, die jetzt vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stattfand, erfährt die Öffentlichkeit die Ursache der häufigen Desertionen. Der Angeklagte, ein Musiker von der 5. Kompagnie des 80. Infanterieregiments in Saarhaus, erklärte, er habe flüchten müssen, um sich der andauernden Quälereien und schweren Mißhandlungen zu entziehen. Ein Unteroffizier und zwei Gefreite besetzten unter Eid, daß Mißhandlungen vorgekommen seien. Ein anderer Unteroffizier aber bestätigte eidlich die Angaben des Soldaten. Dieser war besonders nachts oft schwer maltreatiert worden, so daß er sich schließlich zum Schutz das Seitengewehr mit ins Bett nahm. Am Tage erhielt er Fußtritte, Faustschläge, Kolbenstöße in den Rücken usw.; er mußte am heißen Ofen Abungen machen; seine Prostration wurde ihm auf ein Viertel gekürzt und man drohte ihm, er müsse verrecken oder davonlaufen. Das Kriegsgericht der 16. Division, das dem Manne Glauben schenkte, bestrafte ihn nur wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Gefängnis. Das Oberkriegsgericht aber erklärte, es liege Fahnenflucht vor und verhängte sechs Monate und Verlegung in die zweite Soldatenklasse. Wegen die Gefreiten und den Unteroffizier schwebt ein Verfahren wegen Meineids. Der verurteilte Soldat erklärte vor dem Oberkriegsgericht, er habe sich zweimal über die Quälereien beschwert; es sei aber nichts darauf erfolgt!

In der Kaserne zu Tode geprügelt. Vor dem Kriegsgericht des 9. Armeekorps standen zwei Musketiere von dem 88. Infanterieregiment in Köln unter der Anklage der gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge. Es handelt sich hier um eines jener fürchterlichen Vorkommnisse in der Kaserne, wo Kameraden im Schutze des nächtlichen Dunkels schwer mißhandelt werden, weil man ihnen die Schuld zuschreibt, daß der Kompagnie von seiten der Vorgesetzten eine schlechte Behandlung widerfährt. Der in dem vorliegenden Falle Maltratierte war ein oft bestraffter Soldat, der mit größtem Widerwillen dienste und allgemein verhaßt war. Der Überfall geschah eines Abends spät; die Mißhandlungen waren so schwer, daß das Opfer ins Lazarett gebracht werden mußte, wo es nach drei Monaten gestorben ist. Die beiden Angeklagten, die aus der Menge der brutalen Feiglinge allein ermittelt werden konnten, erhielten nur Strafen von vier und einem Monat Gefängnis, da das Gericht zu der Überzeugung kam, daß von ihnen die tödlichen Streiche nicht geführt worden seien.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 24. Juni. Im Mordprozeß Schwarzenstein verneinten die Geschworenen die Schuldfrage wegen Mordes. Der Angeklagte, der beschuldigt wurde, seinen eigenen Vater erschossen zu haben, wurde daher kostenlos freigesprochen.

Borfigwerk (Schlesien), 24. Juni. Im Puddelwerk des Borfigwerkes explodierte heute früh ein Dampfkeßel, wobei dieser in zahlreiche Stücke zerbrach. Ein Obermeister und zwei Arbeiter wurden getötet. Mehrere Personen sind verletzt. In der Umgebung des Werkes sind viele Dächer beschädigt und viele Fensterscheiben zerschmettert worden.

Köln, 24. Juni. Entgleisung des D-Zuges Köln-Berlin. Kurz nach der Durchfahrt durch den Bergisch-Märkischen Bahnhof in Wattenfeld entgleisten gestern die vier letzten Wagen des D-Zuges Nr. 3 Köln-Berlin. Die zwei letzten Wagen fielen in den Bahngaben. Fünfzehn Personen erlitten leichte Verletzungen. In vielen Fällen handelt es sich um Nervenschock.

Schwelm, 24. Juni. Gestern abend ermordete der Fabrikarbeiter Petrich Brinmann seine Geliebte, die fünfzehnjährige Tochter des Landwirts Sächelschmidt, indem er ihr mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Der Täter ist flüchtig.

Paris, 24. Juni. Heute morgen wurde die alleinstehende 50jährige Witwe Sauvegon in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden. Der Mord dürfte bereits am Montag ausgeführt worden sein. Die Kasse war unverfehrt, auch herrscht in der Wohnung nicht die geringste Unordnung.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 24. Juni.
Bauern-Butter Pfd. 1,10-1,15 Mk., Meierel-Butter Pfd. 1,25-1,30 Mk., Hasen —, Mel, Enten 4-4,50 Mk., Hühner 2,00-2,80 Mk., Küken Stck. —0,90 Mk., Lauben Stck. 0,50-0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Fildgans — Pf., Schinken Pfd. 0,95-1,05 Mk., Schweinstopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,15-1,25 Mk., Eier 8 u. 9 Stck. 60 Pfg., Kerne — St. — Pf., Dorsche gen., Süßwasserfische genll., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Rachs Pfd. 1,00-2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,20-1,40, Brachsen Pfd. 0,50 Pfg., Hechte Pfd. 60-70 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Aal Pfd. 90 Pfg., Karautfische Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, b. Kopf 0,20-0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Rirschen Pfd. 40-50 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50-60 Pfg., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk., Mand Pfd. — Pfg., Rirschen Pfd. 40-50 Pfg.

Getreidepreise. Lübeck, 24. Juni.
Weizen, 120-127 Pfd. holl. 195-210 Mk., Roggen 115-125 Pfd. holl. 180-192 Mk., Hafer, nach Qualität 160-170 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 160-170 per 1000 Kilo.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sommer-Ausverkauf

in

Schuhwaren.

Ein Posten **Kinder-Hausschuhe** Gr. 17 bis 22 jetzt **50** Pf.

Ein Posten **Kinder-Knopf-u.Schnürstiefel** jetzt **1** Mk. 25
braun und schwarz, Gr. 17 bis 22

Ein Posten **braune Knopf-u.Schnürschuhe** jetzt **2** Mk. 50
echtes Ziegenleder, Gr. 27 bis 35

Ein Posten **graue Kinder-Schnürstiefel** jetzt **2** Mk. 50
mit Lackkappen, Gr. 22 bis 26

Ein Posten **Damen-Lastingschuhe** jetzt **1** Mk. 50
mit Gummizug

Ein Posten **graue Damen-Schnürschuhe** jetzt **1** Mk. 85
mit Absätzen, Lederkappen, Gr. 36 bis 42

Ein Posten **Dam.-Knopf- u. Schnürschuhe** jetzt **2** Mk. 00
aus starkem Roßleder, nur Gr. 36 bis 38

Ein Posten **braune Dam.-Knopf- u. Schnürst.** jetzt **5** Mk. 90

Ein Posten **schwarze Herren-Segeltuchschuhe** jetzt **2** Mk. 75

Ein Posten **Herren-Zug- u. Schnürstiefel** jetzt **3** Mk. 50

Ein Posten **braune echt Chevr. Herren-Schnürstiefel** jetzt **9** Mk. 50

Ein Posten **Herren-Lack-Zugstiefel** jetzt **9** Mk. 00

Einige weit im Preise zurückgesetzte Waren sind nur im Geschäfte ausgelegt.

W. Blumenthal

Kohlmarkt. Ecke Sandstraße. Kohlmarkt.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

II. Distrikt.

Versammlung Freitag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **W u h r m a n n**, Marlesgrube 22.

Logis zu vermieten

Birkenstraße 4, b. d. Schulstraße.

2 einzelne Damen suchen zum 1. Oktober ein kleines Haus oder Wohnung von drei Zimmern.

Off. u. **W O 3** an die Exped. d. Bl.

Eine junge saubere Frau sucht Beschäftigung für die drei Volksfesttage in einem großen Zelte. Näheres Schwartauer Allee 61, part.

Das Einfamilienhaus Fünfhausen 28

mit Bad, gutem kühlen Keller u. ist sofort zu verkaufen oder zu vermieten.

Näheres im Zigarrenladen Gögstraße 18.

Zu verkaufen gutes verzinsb. Haus i. d. Klappenstr.

Näheres Engelswisch 21.

Billig zu verkaufen sehr hübsche, elegante Sommergarderobe

Seydlitzstraße 2, II.

Zu verkaufen gut erhaltene weiße Sportkare mit Gummireifen und Schirm

Feldstraße 6, II. (Nähe der Cronsforder Al.)

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lohck **Otto Albers** 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Bearbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhojen . . . 2,20-6,45
Mantelhojen . . . 2,60-6,75
Schlofferhojen . . . 1,88-5,25
Leberhojen . . . 1,08-2,25
Beize-Hosen . . . 1,68-3,25

Leinwand-Jacken, färbige und gerade, 1,88

Röcke, Hemden, Schlichter-Jacken, Scherz-Jacken, Koller-Mäntel ebenfalls billig.

Mäxer von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.

Note Subcomarca.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41

Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Gute Zitterhalstaben, passend zur Zucht, zu verkaufen
Johannisstraße 27, Korbmacherei.

Zu verkaufen eine 8 Wochen alte Hündin
Böttcher, Kosenstraße 17.

Beste Magnum bonum
Zahl 55 Pfg. Engelswisch 35.

Achtung Töpfer!

Versammlung
am Sonnabend, 27. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.
Anwesend ist der Kollege **Beler** aus Dresden.
Der Vorstand.

Frisches Rehfleisch
à Pfd. 30 Pfg. empfiehlt
W. Holst, Bäckerstr. 13a.

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**
(Zahlstelle Lübeck).

**Mitglieder-
Versammlung**
am Freitag, den 26. Juni,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die Ortsverwaltung.



Oeffentliche Kartell-Versammlung

am Freitag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats über die Bearbeitung des Beitrags.
2. Eingänge.
Die Kartell-Kommission.

Achtung! Postdienerarbeiten!

**Sektions-
Versammlung**
am Freitag, den 26. Juni,
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Stadthallentheater.
Freitag: 34. Abonnements-Vorstellung.
Ungeheurer, stürmischer Lacherfolg.
Zum 11. Male! **Gretchen.** Zum Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Maria Stuart.

Etwas vom Buchschund!

Der Aufschwung, den seit einiger Zeit der Handel mit schlechten Büchern genommen hat, gibt Anlaß, auf die schädlichen Wirkungen der Schmutzschriften hinzuweisen. Allererstes Beachtung verdient vor allem das, was die Kinder lesen.

Jeder wird in zahlreichen Buch- und Papstläden unserer Stadt sogenannte Bücher zu 10 und 20 Pfg. gesehen haben, deren Titelbilder rohe Laten in rohen Farben darstellten. Morde, Hinrichtungen, Niederehmelung wehrloser Frauen, Menschenopfer vor Götzen, Schreckensketten indischer und anderer wilder Völker werden dem Beschauer dargeboten. Es sind Bilder, wie sie nur eine nach Blut lechzende Phantasie erzeugen kann. Ferner sind Bilder von verdorbenen und entarteten Menschen zu sehen, auf deren Gesicht Dürst und Bier nach Befriedigung der rohesten Sinnlichkeit geschrieben steht; Menschen, denen jeder Funke eines höheren Strebens fehlen muß. Solche Menschen sind im Verkehr mit verführten Mädchen und Dirnen in den widerwärtigsten und schamloseten Haltungen dargestellt. Wieder andere Bilder zeigen Kinder auf dem Wege von Abenteuer, die im Verbrechen enden. Jungensstreiche nennen sich diese letzteren. Jungensverführer zum Verbrechen müßten sie heißen! Solche Bücher kauft nicht, leiht nicht, lest nicht! Vor allem hüte eure Kinder vor ihnen!

Allen Vätern, allen Müttern, allen, die ein Herz für die Tugend haben, sei es dringend gesagt: Hüte die Kinder vor dem Schmutz! Mancher wird die oben bezeichneten Bücher selbst kennen. Der frage sich: was hat er von ihnen gehabt? Seine Sinne wurden gekittet, seine Nerven bis zum höchsten Grade erregt, daß er nachts den Schlaf nicht mehr fand oder im Traum von quälenden Bildern verfolgt war! War das ein Genuß? Nein! Wer wollte davor nicht seine Kinder schützen? — Und wodurch wurde jene Nervenregung erreicht? Dadurch, daß ihm ungeheuerliche Verbrechen vorgeführt wurden, daß er von Menschen las, die kein Gefühl mehr haben, kein Mitleid, kein Erbarmen, die getrieben sind von Blutgier, Rachgier, Geldgier. Dadurch, daß er von Menschen las, die ihre ekelhafte Lust befriedigen; Menschen, vor denen er auszusprechen würde, wenn er ihnen im Leben begegnete. Wer wollte nicht davor seine Kinder schützen? Mögen auch tausendmal Sherlock Holmes, Mik Carter usw. die Verbrecher verfolgen und besiegen. Von Verbrechen und Gemeinheit, Niedrigkeit und Lücke, Schmutz und Schamlosigkeit hat man doch gelesen; die Gedanken sind einem damit angefüllt, daß einem der Kopf benommen ist. Das Aller schlimmste aber ist: die Verbrechen werden nicht nur erzählt, sondern auch die Mittel und Wege zu ihrer Ausführung gezeigt. Wir sehen den Dieb, den Betrüger, den Mörder bei seiner Tätigkeit; wir lernen seine Werkzeuge kennen; wir beobachten, wie die Frau den Mann und der Mann die Frau betrügt, wie Kinder Diebstähle und Grausamkeiten verüben und wie sie vom betrunkenen Vater mißhandelt werden. Wer mag das seinen Kindern oder seiner Frau zu lesen geben? Wer mag sich selbst mit solchem Schmutz befudeln?

Man denke sich, wie es in den Köpfen von Kindern aussehen muß, die solche Geschichten in Masse lesen, wie es doch tatsächlich nur zu oft der Fall ist! Kinder sind nicht so fest, um gute von schlechten Büchern unterscheiden zu können! Kinder sind nicht so erfahren, daß sie wissen können, ob ein Buch das wahre Leben schildert oder ein erlogenes! Und Kinder vergessen nicht so leicht wie Erwachsene! Was sie gelesen, das haften in ihrem Gedächtnis. Und wenn die Erinnerung an Schmutz und Verbrechen darin haftet? Was dann? Dann ist das Kind

dem Verderben preisgegeben. Ein Anstoß noch, und es fällt! Es ist unglücklich für alle Zeit, wertlos für das Leben, sich und seinen Angehörigen ein Jammer! Von solchen Geschichtnissen haben die Zeitungen leider zu oft zu melden!

Die Gefahr für die Kinder ist groß! Niemand darf sie unterschätzen. Man achte einmal darauf, wie Scharen von Kindern mit verlangenden, fahrenden Blicken vor gewissen Läden stehen, z. B. in Filzhausen oder an einer der Brücken über den Kanal! Man sehe dann in die Gesichter der Kinder! Das ist nicht mehr der kindliche Blick, den die Eltern sonst sehen. Da liegt die Gier, die erweckte Lust im Auge. Wer möchte seines Kindes Auge so sehen? — Von der Schar der Kinder löst sich einer oder der andere und geht hinein, kauft sich ein Buch oder leiht es. Denn er hat sich auf Botengängen oder durch andere Arbeiter etwas Geld verdient. Nun sehe man, wie die andern sich um ihn drängen, wie sie die Köpfe vorstrecken, wie sie gierig Worte und Bilder des Buches mit den Augen verschlingen. Und es ist Gift! Gemeinstes Gift, das sie sich gekauft haben! Des Kindes Geld für Gift und Dreck! Wem sollte nicht die Rote der Empörung ins Gesicht steigen! Und was soll man dazu sagen, wenn Erwachsene vor diesen Läden stehen und ebenso gierig wie unerfahrene Kinder in die Schaufenster starren? Sie sind das Beispiel, das viele verführt!

Noch von einer andern Seite läßt sich die Sache betrachten. 10 oder 20 Pf. kosten die „Bücher“. Bis zu 50 Proz. Gewinn zieht der Verkäufer an sich, laut Veröffentlichung der Jugendschriftenauschüsse. Der Verlag hat vielleicht — bescheiden gerechnet — einen Gewinn von 10 Proz. Was ist jedes Buch also wert? 4 1/2 oder 9 Pf. Dafür zahlt das Kind 10 oder 20 Pf. Das kommt der Ausbeutung mindestens sehr nahe! Wer hat den Vorteil davon? In letzter Linie der Verlag. Das sind oft große Anstalten mit bedeutendem Kapital. Dieses Kapital also ist der Vergiftung der Jugend und damit des Volkes gewidmet. Das Volk vergiftet, damit auf Kosten vieler wenige einen unmäßigen Verdienst haben. Das ist die Praxis! Kann irgend einer noch solche Unternehmungen unterstützen, indem er ihnen sein Geld dahingibt oder zuläßt, daß es seine Angehörigen tun. Zurück von diesem Schund!

An Stelle des Schundes sollte jeder die billigen Bücher guter Sammlungen kaufen. Es gibt deren viele, die nicht teurer sind als der Schund z. B. Reclam, 20 Pf., Meyer, 20 Pf., Hesses Volksbücher, 20 Pf., Volksbücherei der Dichter-Gedächtnis-Stiftung, 20—30 Pf., Henkel, 25 Pf., Wiesbadener Volksbücher, 15 Pf. Aus solchen Sammlungen kann sich jeder auswählen was ihm gefällt; die Kataloge sind gratis zu haben.

Bei allen Büchern, die man liest, denke man an den Leitzahl, der vorne im Katalog der Genossenschaftsbücherei steht:

Lies nur gute Bücher, denn die Zeit, die du zum Lesen hast, ist kostbar; schlechte Bücher verderben den Geschmack und fördern dich nicht, während du aus dem Lesen guter Bücher einen bleibenden Gewinn ziehst.

6. Deutscher Gewerkschafts-Kongress.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

C. B. Hamburg, 23. Juni.

2. Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

Die Debatte über die Maifeier wird fortgesetzt. P a p l o w - Hamburg (Maurer): Der Vorrat des Antrages Frankfurt ist ja ganz harmlos, so daß wir für ihn stimmen könnten. Er bezweckt ja nur die Nachprüfung der

Vereinbarung durch Parteivorstand und Generalkommission. Aber wir müssen ja auch die Motive des Antrages berücksichtigen, und da möchte ich die Generalkommission dringend warnen, sich von den Motiven der Frankfurter leiten zu lassen. Wir sind ja alle Anhänger einer guten Zentralisation und einer wichtigen Maifeierdemonstration, aber so weit kann die Zentralisation nicht gehen, daß wir die Maifeier aus der Zentralkasse unterstützen. Der Maurerverband hat den Zweck der Förderung der Maifeier nicht in seinem Statut und wird ihn auch nicht aufnehmen. Er wird sich das aber auch nicht vom Gewerkschaftskongress hineinschreiben lassen. Die Maifeierzentralisation würde an dem Widerstand der einzelnen Zentralverbände scheitern. So mußte man zur Regelung der Maifeier in lokalem Rahmen kommen. Daß dabei manches noch nicht klappt, bedauern wir, können es aber nicht ändern.

Von K l o t h - Berlin ist folgende Resolution eingegangen:

„Der Gewerkschaftskongress nimmt die zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarungen betreffs der Maifeier als den gegebenen Verhältnissen entsprechend an, vermag aber darin eine endgültige Regelung der Maifeierfrage nicht zu erblicken.“

Der Gewerkschaftskongress ist vielmehr der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammentreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten und Gemäßigten, undeshalber der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen ist.

Je nach dem Ausfall dieser Beratungen sind den zuständigen Instanzen geeignete Vorschläge zu machen, welche dann über die Maifeier endgültig zu beschließen haben.“

B r ü n n - Lubwigschafen (Fabrikarbeiter): Entschieden über die Maifeier darf nur, wer für den Beschluß nachher die Verantwortung trägt. Damit ist die finanzielle Gefahr der Maifeier beseitigt. Eine andere Regelung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erreichen. Auf den Idealismus ist der Magen bekanntlich sehr schlecht zu sprechen. Die Aussperrung kann ja auch viele Tage dauern, da können wir die Arbeiter doch nicht hungern lassen. Bessere Vorschläge für die Gestaltung der Maifeier hat niemand gemacht, weil wir zu schwach sind, die Arbeitsruhe einheitlich in ganz Deutschland herbeizuführen. Hoffen wir, daß wir recht bald stark genug dazu werden. Jeder Ausbau unserer Organisationen ist zugleich ein Beitrag zur besseren Lösung der Maifeierfrage.

M a s s a t s c h - Stuttgart (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter haben sich bis auf zwei gegen den Frankfurter Antrag erklärt. Sie stehen grundsätzlich auf dem Boden der Vereinbarung, wünschen nur eine erneute Beratung der beiden Instanzen, um eine bessere Form für die Aufbringung der lokalen Mittel zu suchen. Zum großen Teil sind wir allerdings auf Grund unserer Erfahrungen für eine Forcierung der Maifeier nicht zu haben. Das tun wir nicht aus Kassengeiz, obwohl es uns auch nicht gleich sein kann, wenn wir Tausende zwecklos ausgeben, sondern weil unsere Organisationen durch die Maifeier zerrüttet, vernichtet werden. Über den „Kassengeiz“ hat ja erst jüngst Barous eine Broschüre mit sehr viel Theorie, sehr viel Phantasie und sehr wenig Erfahrung geschrieben. Aber gerade der Klassenkampf wird gefährdet, wenn die tüchtigsten und tätigen Gewerkschaftler alljährlich herausgeworfen werden. Seien wir also mit der Arbeitsruhe recht vorsichtig. Am besten freilich machen wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai ganz Schluss. (Beifall.)

C o h e n - Berlin (Metallarbeiter): Ich stelle zunächst richtig, daß D i h m a n n nicht auf dem Standpunkt der übrigen Metallarbeiter steht. Man wirft uns vor, wir wählten nicht den Klassenkampfcharakter. Aber gerade die alljährlichen Maifeiern hindern uns gerade, Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Wir wollen diesen Kampf nicht mit Phrasen, sondern in Wirklichkeit führen. Jeder beurteilt die Verhältnisse genau so wie ich, aber er bringt es nicht fertig, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen. Ich will den Streit mit ihm auf unseren nächsten Verbandstag vertagen, aber ich sage ihm in aller Freundschaft: „Kauf Dir bis dahin für 5 Pf. Logik, damit Du nicht unter den Wagen kommst. (Große Heiterkeit.)“

Herbststurm.

Roman von M a g r e g e r.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Walterachte auch gar nicht, denn er glaubte es ihm, der aus dem leichten Ton plötzlich in bewegte Worte übergegangen war, die den Jüngeren gewissermaßen ergreifen. Schweigend suchte er wieder des anderen Hand, im stillen nur bestrebt, das späte Herzensglück nach seiner Weise zu fördern.

Und es klang wie Inbrunst, als der Ältere dabei sagte: „Du, das hätte der Alte noch erleben müssen, wie wir beide jetzt so Hand in Hand auf unserer Höhe dahinstehen. Ich glaube, er hätte noch Verzweiflung für alle meine Sünden gehabt. Und die gute Mutter erst.“ — Aber sofort wurde er anderer Meinung. „Eigentlich aber ist es besser, daß sie von diesem ganzen Unsinn des Herrn Habenichtses keinen Hauch mehr verspüren. Sollte ich noch mal in den Abelsland erhoben werden, so werde ich befürworten, mich Werner von Walters Gnaden zu nennen.“ — Weiß schon, weiß schon, mein Junge, was du sagen willst! Ich will dir keinen Schmerz bereiten; aber ich bin nun einmal die personifizierte Selbstverpottung. Das habe ich vom Alten, der, nebenbei gesagt, auch kein Geld leiden konnte. Na, und die Schürzen waren vor ihm auch nicht sicher. Und dann, siehst du, schrie er noch Peter und Morbio, als ich in seine Fußstapfen trat. — Du schlägst mehr nach der Mutter. Viel leicht bist du auch ein Gemisch von beiden. Die gute Alte konnte ja auch manchmal heftig werden, bis zur Besinnungslosigkeit, als sie noch jünger war. Da gab es Szenen aus Eifersucht zwischen beiden, ich sage dir! Das hast du alles nicht mehr erlebt. Aber Mutter konnte nichts nachtragen; schließlich kam sie wieder von selbst und machte alles gut. Na, und sollte ich dir mal Veranlassung zum Horn geben, dann sei ebenso gnädig zu mir. Da sind wir ja schon.“

Unter einem grauen Zeltdach führte ein Käufer bis zur Haustür hinauf, über deren letzte Stufe man gerade noch ein paar weißschuhete Füßchen unter einer rötlichen Spigenwolke huschen sah. Der Dame voran schritt ein

langer, würdiger Herr, der einen hohen Chapeau claque ältesten Jahrganges trug und den Aufstiege sehr bedächtig nahm. Man sah sozusagen den hohlen Rücken und die steifen Beine.

„Das ist der Gymnasialprofessor Löppert mit seiner kinderlosen, sehr lebenslustigen Frau, ein Schwager unserer lieben Gastgeberin,“ raunte Werner dem Bruder zu, als sie im Treppenschritt langsam hinterdrein stiegen, um das knackernde Seidenrauschen oben erst verschwinden zu lassen. Eine Leuchte der Wissenschaft, die die Menschen in zwei Arten teilt, in solche, die Mathematiker sind, und in solche, die es nicht sind. Außerdem hat er die Ungewohnheit, jeden Nächsten während eines Gesprächs mit seinem Zeigefinger zu erdolchen. Bewahre dir also beim Leben Wahrscheinlich weicht ihm aus diesem Grunde auch seine Frau stets aus. — Um Himmelswillen, lach nicht so laut, sonst plagt hier der falsche Marmor von den Wänden. Auch eine Ertrungenschaft Groß-Berlins, diese speckglänzenden Säulen, die uns Carrara, Porphyrt und Malachit vorliegen und mit Goldschmuck garniert sind. Oben wirst du daselbe bei den Deutschen finden: alles fein poliert, nach echter Weise geschliffen, aber wenn man dran klopft, klingt's hohl.“

Und bevor sie die letzten Stufen nahmen, gab er ihm Verhaltungsmaßregeln: „Tritt den Damen die Schleppe nicht ab, denn dann verwandelt sich die Frömmste in eine Furie. Und wenn du der Gnädigen die Hand küßt, dann tu es möglichst oben am Hals, schon aus hygienischen Gründen, denn bis dahin verirren sich die wenigsten. Rede auch nicht zu viel, denn sonst giltst du sofort für weise und müßt mit deinem Geist das Gehirnbündel anderer erleuchten. Im übrigen lege die Wahrheitsliebe mit der Garderobe ab und lächle bei jeder Anrede verbindlich. Du kannst es dir leisten, denn du hast gesunde Zähne. Und das kleidet einen jungen Mann. Man sieht nun einmal gern beim Sprechen jedem Menschen auf den Mund. Das wissen die Zahnärzte am besten, und deshalb werden sie immer unerschämter mit ihren Preisen.“

„Du, ich habe Angst,“ fuhr Walter dazwischen, aber diesmal klang es scherzhaft, mehr im Übermut eines Menschen, der nun keinen Rückzug mehr sieht.

„Mit mir, mein lieber Junge?“ spottete Werner. „Weiß nur immer an meiner Seite, ich werde dich schon

herauszauen im Wortgefecht. Na, und dann ist ja eine da, die ganz so denkt wie wir beide, und sie wird dich bald unter ihre Fittiche nehmen. Du, ich bin mächtig vorgebrungen in ihr Seelenlabyrinth, denn ich kann dir sagen: die Irrgänge in diesem Wundergeschöpf sind groß.“

Schon im geräumigen, hellgetäfelten Entree, das mehr einer sogenannten Diele gleich, bekamen sie an den Überkleidern und Gummischuhen eine Ahnung von der Zahl der Besucher. Es roch nach Regennässe und den verflüchteten Resten der von den Damen zusammengetragenen Parfüms, woraus die Wärme einen süßlichen Backgeruch gemacht hatte, der die verfeinerte Gesellschaft schon verriet, ohne daß man sie sah.

Betrachte die Fußföhne und du wirst die Parkettschwimmer danach taxieren können“, geistreichelte Werner im Geheimen weiter, als er nun vor dem Spiegel seinen Schnurrbart strich, nachdem Albert, der frühzeitig dünnhaarig gewordene Voregeist, seine Handdienste geleistet hatte. Durch eine kleine Seitentür war gleichzeitig Toni erschienen, das saubere Zimmerfädchen, das stets dabei sein mußte, um die Kopflichter und Güte der Damen nebenan unterzubringen und den Schönen sonstige Toilettegefalligkeiten zu erteilen. Neugierig bedauelte sie Walter, und aus ihren wässrigen Augen im stets lachenden Gesicht sprach deutlich die Bewunderung über die Ungleichartigkeit der beiden Brüder, deren Gemeinschaft sie sich nicht zusammenreimen konnte. Aber der Kleine gefiel ihr besser, denn er sah frisch und kernig aus, bis zur Stirne gebräunt von Wind und Wetter.

„Was, soviel Blumen heute?“ scherzte Werner halblaut, als er in dem Wust von Mänteln verschiedene Säbelscheiden bligen sah und sein Blick nun noch die halbversteckten Helme und Mützen streifte. „Ist ja riesig feudal heute. Einjähriger, Ulten, machen Sie sich nicht zu mauzig, auch wenn sie in Zivil sind.“

Das Stubenpflänzchen mit der weißen Krause im strohblonden Haar hatte die ersten Worte aufgegriffen, und so warf sie mit fecker Verträulichkeit ein: „Es sind auch zwei Leutnants dabei, die gnädige Frau im Sommer in Heringsdorf kennen gelernt haben.“

Höfler-Altenburg (Fabrikarbeiter): Nachdem die überwiegende Mehrzahl der deutschen Gewerkschaftler sich überzeugt hat, daß wir die Macht nicht haben, die Maifeier einheitlich zu gestalten, ist das Festhalten an der Arbeitsruhe zwecklos. Haben wir also den Mut, sie offen aufzuheben. Die meisten Anträge hier wollen die Entscheidung noch weiter hinauszögern und die Unsicherheit verewigen. Einen besseren Vorschlag zur Regelung der Frage hat auch niemand gemacht. Lassen wir also die Arbeitsruhe ohne Scheu fallen.

Wiede-Hamburg: Der Parteivorstand und die Generalkommission haben sich über eine schwierige und strittige Frage geeinigt und wir können dem nur zustimmen. Eine Erweiterung der Arbeitsruhe können wir nicht annehmen. Am liebsten möchten wir den Gordischen Knoten durchhauen und das Hinderliche, Veraltete, Überlebte ganz beseitigen. Damit arbeiten wir für das, wofür wir bisher am 1. Mai demonstrierten. Bei den Verhältnissen der Großbetriebe mit ihrer besonderen Disziplin ist die Taktik der eintägigen Revolutionen nicht mehr möglich. Was wir am 1. Mai fordern, haben wir zum Teil schon praktisch durchgeführt. Da wirkt unsere Demonstration als Provokation und gefährdet das Errungene. Das wird Zeit und Erfahrung auch die Ratibaten lehren. (Beif. und Widerspruch.)

Inzwischen ist folgende Resolution kürzest eingegeben: „Der sechste Deutsche Gewerkschaftskongress stimmt den Vereinbarungen von Parteivorstand und Generalkommission mit dem Ersuchen zu, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andere örtliche Regelung der Unterstützungsfrage herbeizuführen.“

Wittig-Frankfurt a. M. (Brauereiarbeiter): Ich kann die Befürchtungen der großen Gewerkschaften nicht von der Hand weisen. Ich bin ein Anhänger der Maifeier, aber ich springe nicht mit beiden Füßen hinein. An der Vereinbarung hat mir nicht gefallen, daß man den örtlichen Forderungen, die alles Geld aufbringen, noch Vorschriften über die Unterstützungsart macht. Vor allem aber möchte ich betonen, daß die Maifeier auch auf die Streikbewegungen vielfach günstig eingewirkt hat. Deshalb stimme ich der Resolution Klotz zu.

Barhölzler-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Generalkommission war bei den Verhandlungen in sehr schwieriger Lage: sie konnte weder Geld bewilligen, noch für die Abschaffung der Maifeier plädieren. Da müssen wir ihr für das Resultat dankbar sein. Aber in der Sache selbst ist die Maifeier ohne Erfolg geblieben. Mancher hat leider nicht den Mut, der Frage die Schelle umzuhängen; ich aber sage, daß die Maifeier eine alljährlich misslungene Demonstration ist. Eigentlich sollte nur gefeiert werden, wo keine Schädigung eintritt. Dann wäre die ganze Unterstützungsfrage erledigt. Weg mit der überflüssig gewordenen schädlichen Demonstration durch Arbeitsruhe!

Dißmann-Frankfurt a. M.: Der Frankfurter Antrag will lediglich neue Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, um eine bessere Lösung zu finden. Die Frankfurter erwarten dabei vom Kongress, daß er selber sagen wird, in welchem Sinne er Änderungen wünscht. Die Reden über die arge Belastung der Zentralkassen durch die Maiunterstützung führen zu der Konsequenz, daß mit der Arbeitsruhe Schluss gemacht wird. Ich meine aber, daß man nicht gleichzeitig der Vereinbarung zustimmen und sagen kann: weg mit der Arbeitsruhe. Ist die Mehrheit für Beseitigung der Arbeitsruhe, dann hat es wenig Wert, an der Maifeier weiter herumzudoktern. Wir sollten alles tun, um nicht erneut Streitfragen zwischen Gewerkschaften und Partei aufzurollen; andererseits muß in der Maifeierfrage, über die jedes Jahr diskutiert wird, endlich Klärung erfolgen. Die Unterstützung der Maiausgesperrten auch durch die Partei führt zu einer Doppelbesteuerung der meisten Parteigenossen. Es ist gesagt worden, die Arbeiter selber hätten die Lust an der Maifeier verloren. Wenn ein Teil sie wirklich verloren haben sollte, so wegen des jahrelangen Streites, so deshalb, weil der Standpunkt mancher Zentralverbände den Massen das Vertrauen zur Durchführung der Maifeier genommen hat. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich sehe, das erkläre ich Cohen, durchaus auf dem Boden des Frankfurter Antrags und seiner Motive und werde entsprechend meiner Überzeugung stimmen. (Beifall.)

Glocke-Berlin: Wohl die gesamte organisierte Arbeiterschaft hat die Vereinbarung mit Freuden begrüßt, da die Maifeierfrage seit Jahren Partei und Gewerkschaften beunruhigt und die Debatten darüber zu ihrer Ausdehnung mächtig nicht beigetragen haben. Gegen die ziemlich übertriebungen, die die Redner des Metallarbeiterverbandes heute begangen haben, will ich nicht polemisieren, sondern zur Sache nur bemerken, daß ich den Passus der Vereinbarung über die Unterstützung so verstanden habe, daß die Zentralverbände in bezug auf ihre Regelung autonom sind und eingreifen können, wenn die lokalen Organisationen nicht alles leisten können. Nach manchen Reden, die wir heute

gehört haben, kann aber der Anschein entstehen, als hätten die Zentralverbände den Passus: Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften haben die Gemäßigten nicht, besonders gewünscht, um die Maifeier nach und nach zu unterbinden. Ich möchte daher empfehlen, diesen Passus zu streichen, oder wenigstens diesen Wunsch der Generalkommission bei neuen Verhandlungen mit dem Parteivorstand mit auf den Weg geben.

Hübisch-Berlin: Ich kann für die Gesamtdelegation der Textilarbeiter erklären, daß uns die Vereinbarung befriedigt. Verschiedene Streitpunkte sind damit beseitigt, und die Bestimmung, daß auch die Partei zu den Kosten beizutragen hat, wird ihr in diesen Fällen die nötige Vorfrist geben, die bisher die Gewerkschaften allein über mußten. Die Generalkommission war redlich bemüht, einen gangbaren Weg in der Unterstützungsfrage zu finden. Das schließt aber nicht aus, daß nicht noch ein besserer gefunden werden kann. Deshalb werden wir für die Resolution Klotz stimmen.

Klotz-Berlin begründet seine Resolution, die er erweitert, indem er dem Sage: der Gewerkschaftskongress ist der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammenzutreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung — unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen ist — die Worte hinzufügt: oder nicht. Redner glaubt nicht, daß es möglich sein wird, die Arbeitsruhe weiter auszudehnen. Entscheidend ist die Unterstützungsfrage. Eine endgültige Regelung kann aber nur der nächste internationale Kongress treffen. Der ungewisse Zustand kann nicht andauern. Redner steht auf dem Standpunkt, den der Frankfurter Arbeitersekretär Dittmann in der „Neuen Zeit“ entwickelt hat; Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Legien: Ich hatte angenommen, daß es zu einer Diskussion der Frage, Arbeitsruhe oder nicht, gar nicht kommen würde. Ja ich sehe darin geradezu einen Disziplinbruch. (Zustimmung.) In Köln haben wir einen Beschluß nicht gefaßt; als Beschluß galt vielmehr, was Bömelsburg als Ergebnis der Debatte verkündete; wir halten den Amsterdamer Beschluß auf Arbeitsruhe hoch, wir wollen aber, daß vor dem nächsten internationalen Kongress sich die maßgebenden Körperschaften über die Maifeier einigen und daß dann auf dem internationalen Kongress die Frage nicht nebenbei, sondern gründlich besprochen werde. Nachdem sich die deutsche Delegation in Stuttgart geeinigt hatte, erschien eine Erörterung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongress selber nicht notwendig. Angesichts dieser Tatsache erheben mir die Ausführungen gegen die Arbeitsruhe, wie wir sie hier gehört haben, geradezu als ein Mißtrauensvotum gegen die deutsche Delegation. (Lebh. Zust.) Wir sind jetzt gebunden, wir und das internationale Proletariat. Beschließen Sie meinetwegen, daß vor dem nächsten internationalen Kongress noch ein deutscher Gewerkschaftskongress wegen der Maifeierfrage einberufen wird, aber jetzt können wir nichts ändern. Nun zu der Vereinbarung. Es wird vielfach so dargestellt, als bringe sie eine Änderung der heutigen Zustände. Das ist nicht der Fall. Nur geregelt sind sie und damit verbessert. Die Unterstützung der Ausgesperrten aus der Zentralkasse wird jetzt nur ganz vereinzelt gewährt und ihre Gewährung ist an bestimmte Klauseln geknüpft. Die Vereinbarung sagt nur mit keinem Worte, daß diese Unterstützung aus den Zentralkassen aufzuhören habe, nur ein Anspruch darauf wird nicht gewährt. Die Nebengewährung ist mit voller Absichtlichkeit gewählt, um die Einrichtung dort, wo Zentralverbände sie haben, nicht zu durchbrechen. Die Vereinbarung verbietet auch durchaus nicht, die Unterstützung schon vor der zweiten Woche zu gewähren. Wer soll denn eigentlich beschließen, daß aus den Zentralkassen Unterstützungen zu gewähren sind. Der Gewerkschaftskongress kann es nicht, die Generalkommission auch nicht. Das können nur die einzelnen Zentralverbände. Sorgen Sie doch in Ihren Organisationen dahin, daß es geschieht. (Weiterkeit.) Das beste wäre, die Anträge würden zurückgezogen, die nochmalige Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand münden. Es ist Zeit, daß Ruhe eintritt. Lassen Sie uns doch erst einmal versuchen, auf Grund dieser Vereinbarung zu arbeiten, damit endlich ein fester Boden für die Maifeier gefunden wird (Beifall.)

Ein Schlußantrag, der vierte, wird angenommen. Zunächst wird die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand vom Kongress mit allen gegen 22 Stimmen gutgeheißen. Dann wird die Frage, ob die Generalkommission bis zum nächsten Gewerkschaftskongress mit dem Parteivorstand noch einmal verhandeln soll, auch über eine anderweitige Regelung der Unterstützungsfrage, mit 178 gegen 101 Stimmen bejaht. Alle gestellten Anträge werden ihr als Material übermiesen.

Der Antrag Fürth auf Beseitigung der Arbeitsruhe wird, weil es nicht zur Kompetenz des Kongresses gehört, diese Frage grundsätzlich zu entscheiden, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Zentralarbeitersekretariats.

Yhn erstattet
Robert Schmidt-Berlin: Das Zentralarbeitersekretariat ist in einem ständigen Aufschwung begriffen, es hat das volle Vertrauen der ratsuchenden Arbeiter und der Gewerkschaftsvertreter. Auch die Arbeitersekretariate entwickeln sich immer erfreulicher. Eine dringende Aufgabe für die wertvolle Schöpfung der Arbeiterschaft ist die bessere Ausbildung der Arbeitersekretäre durch besondere Fachlehrer. Schwierigkeiten wird da auf kleineren Sekretariaten die Stellvertretung und die Befreiung vom Dienst machen, aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Die preussische Regierung, die sonst ja für praktische Sozialpolitik nichts übrig hat, hat auf Anregung des Abgeordneten- und Herrenhauses Subventionen für städtische Rechtsauskunftsstellen geschaffen. Uns lassen diese Konkurrenzinstitute sehr kalt, denn wir haben doch das Vertrauen der Arbeiter. Die Arbeitersekretariate gewinnen durch ihre Tätigkeit wichtiges sozialpolitisches Material, wie das des Linde-Königsberg über die Gründe des Kontraktbruchs. Dieses Material einheitlich zu verarbeiten, ist eine weitere dringende Aufgabe. Seit langem steht die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Tagesordnung. Unserer Überzeugung nach kann sie nur segensreich wirken, wenn man sich zu der Entscheidung ausschwingt, die Zersplitterung von Grund auf zu beseitigen und eine einheitliche Organisation der Versicherungen einschließlich der Witwen- und Waisenversicherung unter maßgebendem Einfluß der Arbeiter herbeizuführen. In dieser Beziehung haben uns die Vorschläge des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg völlig enttäuscht. An der Zuziehung der Arbeiter zur Unfallversicherung liegt uns nichts. Sie bleiben ein wertloses Dekorationsstück wie in der Invalidenversicherung. Eine Reihe dieser Reformvorschläge bedeutet sogar eine schwere Schädigung erworbener Rechte der Arbeiter. Der Zugang zum Reichsversicherungsamt soll erschwert werden um seiner Überlastung zu begegnen. Bei dem summarischen formularmäßigen Verfahren der Schiedsgerichte legen wir den größten Wert darauf, daß den Arbeitern die zweite Instanz offen bleibt. Im übrigen verlangen wir bei Unfall- und Invaliditätsfällen die Zuziehung der Arbeiter zu den Rentenfestsetzungscommissionen. Sehr bedenklich ist die abhängige Stellung der Ärzte bei den Berufsgenossenschaften. Viel Unheil stiften sie durch die Simulationsrichterei, die sich nachträglich oft als ganz grundlos erweist. Ich möchte von dieser Stelle aus an die Ärzte die Mahnung richten, mit größter Vorsicht und Objektivität zu verfahren. Sehr großen Wert legen wir auf eine Erweiterung des Begriffs Betriebsunfall. Schwere Berufskrankheiten suchen die Arbeiter in der chemischen Industrie, im Bergbau und besonders in den Zinkhütten heim. Die Zinkhütten bilden vielfach ein Bild der Verwüstung und des Jammers, sind wahre Höllen für die Arbeiter. Aber diese armen Arbeiter sind nur auf das winzige Krankengeld angewiesen. Die Krankenkassen, gegen deren Selbstverwaltung sich fortwährend schwere Angriffe richten, sind ihrer Aufgabe in immer wachsendem Maße gerecht geworden. Die Angriffe gegen sie sollen nur verdecken, wie geschieht intelligenten Arbeiter die Verwaltung führen. Sie sind der wertvollste Teil unserer Versicherungs-gesetzgebung und ihrer Institute. Sonst sind wir noch sehr weit von der Erfüllung der Forderung entfernt, die wir immer wieder stellen müssen, daß der Sozialgesetzgeber die Verpflichtung einlöse, diejenigen, die für Industrie und Handel, Handel und Landwirtschaft Kraft und Gesundheit einlegen, vor allen Gefahren ihrer Tätigkeit zu schützen. (Lebh. Beifall.)

Die weitere Verhandlung wird auf Mittwoch vertagt.

3. Verhandlungstag. (Vormittagsstunde.)
C. B. Hamburg, den 24. Juni 1908.

Um 8 Uhr eröffnet Bömelsburg die Verhandlungen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist das Referat von C. Lesche-Hamburg über die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor Gericht.

Redner führt aus: Die persönliche Vertretung der Rechtsuchenden vor Gericht lag ursprünglich nicht im Geschäftsplan der Arbeitersekretariate. Man glaubte, daß die Rechtsauskunft und die schriftliche Vertretung der Rechtsuchenden genügen werde. Man scheute bei der persönlichen Vertretung die hohen Kosten und Mühen. Aber schon die Gründung des Reichsarbeitersekretariats ging aus dem Bedürfnis hervor,

„Du, das ist mir Wurscht“, raunte der Jüngere, plötzlich mutig geworden, dem Älteren zu, der nun etwas zerfetzt unter den wenigen noch vorhandenen goldberanderten Kärtchen auf einer flachen, silbernen Schale suchte, die auf einem Tischchen zwischen zwei großen Estären stand. „Siehst du, da hast du's, mein Junge“, flüsterte er mit einer gewissen verhaltenen Erregung. Und er las leise: „Herr Walter Allen wird gebeten, Fräulein Rita Keith zu Tisch zu führen.“ Dann flüzte er grimmig hinzu: „Und mir hat sie wieder einmal Frau Löffert aufgebremmt, die mir Lust ist und keine angenehme. Ein Morbsweid, diese Stedel. Manchmal die reine Malice. Na, mein Trost, daß du den Engel hast. So bleibt die Nachbarschaft wenigstens in der Familie.“ Fremde Gesichter tauchten hinter ihnen auf, und so trat sie durch die von Toni aufgeschobene Tür in den großen, dreieckigen, dunkelroten Salon, wo die Hausherrin mit ihrem berühmten, strahlenden Rächeln Gerle abhielt.

III.

Es wimmelte bereits von Gästen, die sich durch die ganze Zimmersucht des zweiten Stockwerks verteilten und sich nach Neigung und Bekanntschaft zusammengefunden hatten, teils sitzend, teils stehend, behaglich gespreizt, oder in feiner Würde. Viel Alter und viel Jüngend, viel vornehme Eleganz und viel aufgepökeltes Proletariat, viel Talim und viel Gold. Denn im Hause Stedel herrschten die freien Formen demokratischer Gemüthsheit, die Standesunterschiede wohlthuend überhört und in der Republik des Salonsgemeintums nur Lustigkeit, Geist, Wit und die bekannnten guten Manieren gelten läßt. Man mußte, daß Herr von Stedel ein sehr kunstsinziger Herr von tabelloser Ehrenhaftigkeit gewesen war, dessen Diners eine gewisse Berühmtheit aufzuweisen hatten, und daß seine zweite Frau Emma der alten Berliner Familie Krutenberg entstammte, deren große vereinzigte Brauereien lokalhistorisch waren und hübsche Millionen abgeworfen hatten.

Gleich einem großen Geldpolypen hatten die Krutenbergs durch Heiraten die Fangarme nach allen angesehenen Berufsgruppen ausgestreckt, waren verschmolzen mit Gelehrten- und Künstlerkreisen und durften sich sogar schmeicheln, in verwandtschaftliche Beziehungen zum höheren Offizier- und Beamtenstand getreten zu sein, was um so weniger zu ver-

wundern war, als die Generation bereits zwei Kommerzienräte aufzuweisen hatte, einen Geheimen und einen gewöhnlichen. Daneben gab es noch drei Direktoren gleichen Namens und ein vieriel Duzend Schwiegeröhne und Schwäger, die nachhafte Bierfreunden gefunden hatten, nachdem die vereinigten Brauereien in zwei große Aktiengesellschaften umgewandelt worden waren, die wohl verschiedene Verwaltungen, aber nur einen Gemüthsgeist hatten.

Selbst die sogenannten, in der Entwicklung des Sichgehenlassens Rückständigen konnten auch von Frau von Stedel nur sagen: „Einfach tip-top“, wie die moderne Gesellschaftsbewertung lautete. Im übrigen machte sich die gute Seele nicht viel aus den Nörglern, die jedes Wort auf die Goldwaage legten und gar zu sehr „Stepelete“ taten, wie sie echt berlinisch zu ihrem engsten Kreise sagte. Wer nicht kommen wollte, konnte fortbleiben. Ihr lag nicht viel daran, denn sie hätte in ihrem Winterquartier fünfzig Räume haben müssen, um auf einmal alle diejenigen bei sich zu sehen, die auf den Tag warteten, wo die goldgeränderten Einladungskarten ihnen ins Haus geflogen wären.

Nun stand sie lächelnd vor Walter, das farbige Dinnerkleid aus feinsten Seide vorsichtig ausgeschnitten, damit der gedrungene Hals über seine kurze hinwegtäusche, trotz der ausgebuchten Hüften eine bewegliche Erscheinung, die durch martierte Jugendlichkeit ihre vierzig Jahre geschickt zu umgehen verstand. Das Stumpfnäschen leide sie, und es gehörte entschieden in das behagliche, pflüßige Gesicht, sobald sich bei Vergnügen das Grubchen in der vollen Wange zeigte. Alles an ihr prallte wie die gesunde Lebenslust, die, lange durch müde Hände zurückgehalten, nur mit der Kraft einer klugen Frau sich bändigte.

„Woran liegt es eigentlich, daß ich Sie noch gar nicht bei mir gesehen habe?“ fragte sie, während sie die Mustereemplare der beiden Marschall-Niel-Kofen langsam in die linke Hand wippte. Sofort aber wurde ihr Gedächtnis aufgefrischt, denn schon vor zwei Tagen, bei Gelegenheit seines Besuchs, hatte sie dieselbe Frage an ihn gerichtet. In ihrem schick frisiertem Köpfchen drängten sich die Ereignisse derart, daß sie heute schon vergessen hatte, was sie gestern noch bewegte.

Und die gleiche Ausrede kam: „Der Dienst, gnädige Frau... und dann das Geschäft in jeder freien Stunde. Man hat's nicht leicht.“

„Nein, man hat's nicht leicht“, stimmte sie heiter bei, wobei sie aber an Regierungsrat Wendling dachte, einen sehr schneidig aussehenden Herrn aus dem Ministerium des Innern, der, obwohl er nur wenige Jahre älter war als sie, gern den gemeinsamen Tanz durchs Leben mit ihr gemagt hätte, und ihr schon seit einem Jahre so andauernd den Hof machte, daß die Blinden es hätten merken müssen. Sie aber mochte ihn nicht, hätte ihn viel lieber als Mann ihrer Stieftochter gesehen, eines schon etwas späten Mädchens, das, weil es launisch und nicht besonders hübsch war, trotz ihres Geldes allmählich zu verfaulen begann.

Die teuersten Kleinodien zeigt man nicht so rasch, Berehrte“, mißte sich Werner hinein, der in ihrer Nähe stand und von der plappernden Löffert nicht loskommen konnte.

„Der böse Bruder, was?“ warf Frau von Stedel lachend ein. „Er tyrannisiert Sie wohl auch — wie uns alle.“

„Ich müßte eine, der ich als Sklave zu Füßen liegen könnte“, plänkelte Werner in jenem zweifelhaften Ernst, den sie am besten zu würdigen wußte.

„Ach, Sie — gehen Sie doch! Sie können ja keiner treu bleiben“, rief sie ihm munter in Freundschafston zu.

Trotzdem war sie etwas rot geworden, ging ihre Brust wie in leichter Erregung. Denn wenn sie alle Bewerber um ihre Witwenhand, die heimlichen und die offenen, Parade ziehen ließ, so erschien ihr Werner Allen als der Begehrtestwerteste, schon um deswegens, weil sie ihn für einen vermögenden Mann hielt. So lange er in ihrem Hause verkehrte, seit etwa zwei Jahren, wußte man nur, daß er als Rentier in glänzenden Verhältnissen lebte, und daß sein süßes Nichtstun mit den Folgen seines Sturzes zusammenhing, von dem die Mär ging, er habe ihn sich irgendwo bei einem auswärtigen Kennen zugezogen.

Aber Allen war ihr einer von den „Windigen“ in punkto Liebe, die mit ihrem Herzen stets jonglierten, je nach Laune und Bedürfnis, wie er selbst zu sagen pflegte. Und das wäre kein Nachfolger des seelensguten, wenn auch langweiligen Stedel gewesen, der sich nach dem Tode ihres ersten Verlobten durch seine milde, nachgiebige Ruhe in fünfzehn-jähriger zufriedener, wenn auch kinderloser Ehe gründlich verwöhnt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rechtsuchenden vor dem Reichsversicherungsamt persönlich zu vertreten. Inzwischen hat das Reichsversicherungsamt nach Wöbblers Abgang der Willkür der Berufsgenossenschaften Tor und Tür geöffnet. Die vielen neuen Spruchsenate fallen so verschiedene Urteile, daß der verletzte Arbeiter eine Deute des Zufalls oder seines Anfangsbuchstaben geworden ist. Das alte, längst vergriffene Handbuch für Unfallversicherung kann wegen der Verschiedenheit der Rechtsprechung nicht mehr herausgegeben werden. Eine Reihe von Schlagworten des Reichsversicherungsamtes, so die von der „Abgangsgrenze“, von der „Gewöhnung“, z. B. an den Verlust des rechten Mittelfingers oder von der „Unachtsamkeit von Veränderungen bis zu 5 Proz.“, die erlaubt, die Renten von 33 1/2 auf 25 Proz. zu drücken, werden von den Berufsgenossenschaften fleißig ausgenutzt. Auch die Rechtsprechung der Schiedsgerichte bei der Invalidenversicherung, leider der einzigen Spruchinstanz, hat sich seit der noch vom Grafen Hofadomsky angeordneten „Revision“ der Invalidenrenten sehr zumungunsten der Arbeiter verändert. Mit der Rechtsprechung in Krankenversicherungssachen haben sich leider die Arbeitersekretariate bisher viel zu wenig beschäftigt. Namentlich die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte bei Streitigkeiten infolge des häufigen Wechsels der Richter viel zu wünschenswert. Nur selten wissen die Gerichte, daß die Anmeldeungen des Arbeitgebers über die Lohnhöhe oder die Erkrankung in der Arbeit keine konstitutive, sondern nur formale Bedeutung haben. In allen diesen Fragen ist sachgemäße persönliche Vertretung der Rechtsuchenden wünschenswert. Ebenso in der gewerblichen Rechtsprechung. Die Rechtsprechung der Gewerbegerichte ist durchaus nicht einwandfrei. Sie sollten doch einer sozialen Rechtsprechung und Gesetzgebung vorarbeiten. Statt dessen aber vernachlässigen sie die Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß was nicht pfaßbar ist, auch nicht aufgerechnet werden kann, oder verweisen die Arbeitgeber, die nicht aufrechnen können, auf ein nicht bestehendes Zurückbehaltungsrecht. Ein besonders schwieriges Arbeitsgebiet für die Sekretäre wird die Vertretung der Rechte der Dienstboten sein. Die Verschiedenheit der Beständeordnungen und ihr mittelalterlicher Charakter erhöhen hier die Größe unserer Aufgabe, aber auch die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung. Dazu kommt, daß die neue Zivilprozessordnung den Anwaltsprozess bedeutend einschränkt und dem Amtsgerichtsprozess ein weites Feld öffnet. Als letztes wichtiges Gebiet der Rechtsprechung, das noch nicht von uns bearbeitet wird und das doch sehr bedeutungsvoll ist, nenne ich die Arbeitsordnungen, die vielfach unbillliche Bestimmungen enthalten. Leider sind nun die Arbeitersekretäre nur an 9 von 98 Orten bei allen Schieds-, Kaufmanns- und Gewerbegerichten zur mündlichen Verhandlung zugelassen. Selbst an den Schiedsgerichten sind 6 Arbeitersekretariate nicht zugelassen, nämlich Nachen, Dortmund, Essen, Hochheide, Königsberg und Stettin. Über selbst da, wo die Arbeitersekretäre unbeschränkt zugelassen sind, dürfen sie nicht zu oft kommen, weil sie stets ein Verbot riskieren. Um die Rechte der Versicherten und der Arbeitnehmer aber wirksam zu vertreten, müßten wir den Herren vom Gewerbegericht und Schiedsgericht manchmal recht unangenehm werden. (Sehr wahr!) Deshalb gebrauchen wir dringend die feste gesetzliche Grundlage für Vertretungs- und Vertragsrecht der Arbeitersekretäre. Wir wollen nicht den Winkelwinkler und Inkaufbureau, die oft in schamlosester Weise arme Schuldner verfolgen, die Bahn öffnen, aber wir verlangen eine positive Bestimmung zugunsten der Vertretungsbesugnis der Arbeitersekretäre. Damit würden wir einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt erreichen. (Lebh. Beifall.)

Der Referent legt folgende Resolution vor:
„Nach den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 der Verordnung betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes — der auch für das Verfahren vor den Kaufmannsgerichten gilt — und des § 157 der Zivilprozessordnung sind die Gerichte befugt, Bevollmächtigte, die das Verhandeln vor den Gerichten geschäftsmäßig betreiben, zurückzuweisen. Diese Bestimmung wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den in Betracht kommenden Gerichten dazu benutzt, Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre als Vertreter Rechtsuchender in der mündlichen Verhandlung nicht oder nur ausnahmsweise zuzulassen.“

In der Erwägung:
daß dem auf dem Gebiet der Unfallversicherung von Jahr zu Jahr schärfer hervortretenden Bestreben der Berufsgenossenschaften, die Renten der durch Unfall Verletzten immer mehr herabzudrücken bzw. sie ihnen zu entziehen, schon in der ersten Spruchinstanz — dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung — wirksam entgegengetreten werden muß;

daß nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung die einzige Spruchinstanz zur Würdigung der Unterlagen für die Gewährung der Invaliden- bzw. Altersrenten bilden;

daß bei den Streitigkeiten aus der Krankenversicherung eine Vertretung der Versicherten vor den Amts- bzw. Verwaltungsgerichten in Rücksicht auf die Komplexität des in Betracht kommenden formellen und materiellen Rechts geradezu geboten erscheint;

daß von den Entscheidungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte viele das dem Arbeiterrecht zugrunde liegende soziale Empfinden völlig vermissen lassen und weil die Arbeiterklasse um die Anerkennung und Durchsetzung eines vom sozialen Geist getragenen Rechts noch täglich kämpfen muß;

daß wir in Deutschland noch einer einheitlichen Regelung des Gesinderechts ermangeln, und die auf dem Gebiete herrschende Rüstständigkeit, sowohl hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften — Neuzens älteste Gesindeordnung stammt aus dem Jahre 1732 — wie auch hinsichtlich der Auffassung der Sachlage, ebenfalls eine sachkundige Vertretung vor den in Betracht kommenden Gerichten notwendig macht;

daß die in Frage kommenden Rechtsuchenden fast durchweg weder Zeit, Mittel noch Vorbildung genug besitzen, um auf allen diesen Gebieten ihre Interessen hinreichend wahren zu können, während die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Dienstverhältnisse usw. in der Lage sind, ihre Interessen durch juristisch vorgebildete Vertreter wahrnehmen zu lassen, und die Bestimmung im Gewerbegerichtsgesetz, wonach Rechtsanwälte von der Vertretung der Parteien ausgeschlossen sind, für die Arbeiter dadurch an Bedeutung verliert, daß die Arbeitgeber resp. deren Geschäftsführer durch Vorbildung und öfteres Verhandeln vor den Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Kenntnis des formalen Rechts ohnedies im Vorteil sind;

fordert der Kongress von den gesetzgebenden Körperschaften die Vorlegung und Verabschiedung eines Gesetzes, nach dessen Bestimmungen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, unbeschadet der eingangs aufgeführten Bestimmungen, zur Vertretung Rechtsuchender bei den Gerichten zugelassen werden müssen.“

In der Diskussion befragt
Bauer-Berlin (Bauarbeiter) die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung der Versicherten vor den Gewerbe-

und Schiedsgerichten. Vor dem Gewerbegericht herrsche der Parteiprozess, der auf den Vortrag der Parteien und ihre Gewandtheit gegründet sei. Vor den Schiedsgerichten sei ja das offizielle Verfahren vorgeschrieben, aber sehr oft trügen Referent und Vorsitzender die wichtigsten Entlastungsgründe nicht vor. Schon die bloße Anwesenheit eines Arbeiterssekretärs hilft oft dem Arbeiter zu seinem Recht.

Bürger-Hamburg (Staatsarbeiter) betont gleichfalls die Notwendigkeit der persönlichen Vertretung.

Wissell-Lübeck: Die Tätigkeit des Reichsarbeitersekretärs ist allen Lobes wert. Auf der Konferenz der Arbeitersekretäre am letzten Sonntag ist nicht die geringste Kritik an seiner Tätigkeit geübt worden. Die Rechtsprechung der Sozialgerichte verdient oft scharfen Tadel. Die öffentliche Aussprache dieser Mängel kann nur erzieherisch wirken. Zur persönlichen Vertretung der Arbeiter sollten allen Arbeitersekretären die nötigen, oft nicht geringen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Anwesenheit der Arbeitersekretäre ist dringend notwendig, um die zahllosen Nachlässigkeiten des Verfahrens, besonders in Unfallsachen, zu verhüten. Werden uns doch bei Bruchleiden die Urteile mit gedruckten Gründen zugefickt. (Hört, hört!)

Körster-Berlin: Unsere Agitation auf Zulassung bei den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten haben sich die Rechtsanwältin zuzunehmen gemacht. Stadtrat Kopsch und Professor Schanz sind für ihre nachträgliche Zulassung eingetreten. Diese Zulassung aber würde das Ende des bisherigen Sondergerichtsverfahrens bedeuten. Legen auch wir deshalb in vorrätiger Beschränkung mehr Wert auf unsere Besißer als auf diese Vertretung. Gegen das Lohnbeschlagnahmegesetz und den § 394 des B.-G.-B. wird seitens der Unternehmer Sturm gelaufen. Mit Hilfe des Diebstahlsbegriffes, den man zieht und dreht, schmuggelt man die Aufrechnung wieder in die Rechtsprechung ein. Ohne Gesetz oder Kommentar hatte man den beschlagnahmefreien Lohn von 1500 Mk. jährlich in einem Wochenlohn von 28,84 Mk. verwandelt und beschlagnahmt nun ruhig darauf los. Sehen wir zu, daß nicht, was wir mühsam erkämpfen, den Unternehmern durch eine ungerechte Rechtsprechung zurückgegeben wird. (Beifall.)

Bauer-Berlin stellt in Übereinstimmung mit dem Referenten fest, daß dieser nicht etwa den Krankenkassen habe vorwerfen wollen, daß sie ebenso bürokratisch oder arbeitersfeindlich seien wie die anderen Versicherungsweige.

Bei den Streitigkeiten der Krankenkassen, die gewöhnlich rasch durch persönliche Rücksprache erledigt wurden, handle es sich meist um abweichende Rechtsauffassung oder Unkenntnis der Vorstände der kleinen zerstückelten Krankenkassen.

Fritsch-Riegnitz klagt lebhaft über die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften. In Riegnitz habe ein Vertrauensarzt einen Arbeiter nach einem Baumfall für einen Simulanten erklärt, der zwei Tage nachher in das Krankenhaus gebracht werden mußte und innerhalb weniger Wochen starb.

Damit schießt die Diskussion.

In seinem Schlußwort tritt der Referent Lesche den Ausführungen Körsters entgegen: Man sollte doch vor den Rechtsanwältinnen nicht solche Angst haben. Die Frage der Zulassung der Arbeitersekretäre und der Rechtsanwälte hat ja gar nichts miteinander zu tun. Aber selbst bei diesem Tausch würden die Arbeiter noch ein gutes Geschäft machen. (Zustimmung.)

Die Resolution Lesche wird einstimmig angenommen. Damit ist die Berichterstattung der Generalkommission und des Zentralarbeitssekretariats beendet. Es wird der Generalkommission und den ihr zugehörigen Institutionen Entlastung einstimmig erteilt und beschlossen, die Generalkommission um 2 Mitglieder (von 11 auf 13) zu verstärken.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung sind die Grenzstreitigkeiten.

Hierzu liegt folgender Antrag vor:

Der Gewerkschaftskongress empfiehlt den an die Generalkommission angefallenen Verbänden zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten die nachstehenden Grundsätze:

1. Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unvermeidbar in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen leistungsfähigen Verbänden. In diese sich von selbst vollziehende Entwicklung von außen her durch Konferenzen und Kongressbeschlüsse einzugreifen, würde nur erschwern und störend wirken und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch solche Beschlüsse als untunlich.

2. Um ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, strittige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralverbänden der in Betracht kommenden Verbände abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Übertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

3. Die loyale Anerkennung des Organisationsstandes erheischt die Unterlassung jeder unlauteren Agitation, besonders unter Hinweis auf niedrigere Beiträge oder höhere Unterstützung n. g. die Zurückweisung Aufnahmesuchender, die aus anderen geschlossenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austragen oder ausgetreten wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder. — Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisationen bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig unterbrochen länger als drei Monate zu einem und demselben Beruf übertreten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich der Organisation des Hauptberufes anzuschließen. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf bei Lohnbewegungen und sonstigen Differenzen den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisation zu fügen.

4. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Letzteres gilt auch für die Aufnahme vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeinde-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht.

5. Sofern besondere Kartellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen nicht bestehen, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Weiterungen für solche erwarten lassen, die betroffenen Verbände sich vorher sowohl über die Inzenerierung und Durchführung der Lohnbewegung, als auch über die Unterstützung der Nichtorganisierten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks, wie auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Ausständen unterstützt jede Organisation nur die eigenen Mitglieder.

6. Von etwa abgeschlossenen Kartellverträgen ist der Generalkommission durch Übermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

Die Redaktionskommission: Breg, Fabrikarbeiter, Geyl, Nahrungs- und Genussmittel, Gimpel, Transportgewerbe, Husemann, Bergarbeiter, Keith, Holzindustrie, Keimers, Textilindustrie, Köste, Baugewerbe, Scheffler, Metallindustrie, Sillier, Graphische Gewerbe, Simon, Bekleidungsindustrie, und Emma Jhrer, die anderen Berufe.“

Die Redaktionskommission ergänzt nachträglich diese Resolution noch durch folgenden Zusatz:

„Wird ein Mitglied einer Organisation, welches im Auftrage einer anderen Organisationsleitung agitatorisch oder gewerkschaftlich tätig war, wegen dieser Tätigkeit gemahnt, oder in ein Strafverfahren verwickelt, so hat die Organisation die Kosten zu tragen, in deren Auftrag er gewirkt hatte.“

Zu dieser Resolution liegen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor, die sich sämtlich auf den Absatz 4 beziehen.

Die Vertreter der Gemeindearbeiter (Moss, Schulski u. a.) beantragen den Absatz 4 ganz zu streichen.

Träger (Brauereiarbeiter) will die ersten beiden Sätze des Absatzes 4 streichen und durch folgenden Wortlaut ersetzen:

„Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren jetzigen Gewerbebetrieb besteht, sofern die Zahl der Arbeiter der einzelnen Berufsgruppen eine verhältnismäßig erhebliche für ihre Berufsorganisation ist und sofern dadurch eine einheitliche Aktion bei Lohnbewegungen und Kämpfen um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht beeinträchtigt, die Interessen der Gesamtheit der Arbeiter des Betriebes nicht geschädigt werden.“

Schließlich beantragen Knoll und 21 andere zu Absatz 4 folgenden Zusatz, den die Redaktionskommission akzeptiert und in ihren Antrag mit aufnimmt:

Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig von einander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betrieb“ im Sinne dieser Resolution.“

Berichterstatter der Redaktionskommission ist

Simon-Nürnberg: Die Frage der Grenzstreitigkeiten ist ungemein schwierig, und ich habe hier eine unangenehme Aufgabe. Eine endgültige Entscheidung der Grenzstreitigkeiten wird auch heute nicht möglich sein. Wir wollten uns nicht um eine schwierige Entscheidung herumdrücken, sondern es standen uns unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Die Entwicklung von Industrie und Technik hat in sich abgeschlossene Berufe überhaupt nicht mehr bestehen lassen. Die einzige radikale Lösung wäre die verlockende Idee des allgemeinen großen Arbeiterbundes. Aber natürlich stehen dem noch die größten Bedenken entgegen, können wir doch bei weitem noch nicht die allgemeine Einführung der Industrieverbände vom grünen Tisch aus allgemein dekretieren. Aber das will die Kommission noch einmal ausdrücklich hervorheben, daß es nicht im allgemeinen Interesse liegt, noch kleinere Verbände zu gründen, oder kleine Verbände festzuhalten, wo die Möglichkeit zur Gründung von Industrieverbänden gegeben ist. Eine ganze Reihe kleiner Verbände könnten ohne Schwierigkeit in großen Industrieverbänden aufgehen. Aber wir wollen das der fortschreitenden Entwicklung überlassen, und stellen mit Freude fest, daß seit dem letzten Gewerkschaftskongress eine ganze Reihe von Verbänden sich verschmolzen hat. Die öffentliche Diskussion der Verschmelzungsfrage in der Fach- und Parteipresse muß jedenfalls sehr vorsichtig geführt werden, soll sie nicht mehr schaden als nützen. Vor allen Dingen dürfen nicht die leitenden Personen der Fachverbände und Berufsorganisationen egoistischer Motive beizichtigt werden. (Beifall.) Gute Meinung und ehrlicher Wille sollten immer anerkannt werden. Jedenfalls gewinnt man unorganisierte Arbeiter nicht, wenn man sich in den Versammlungen über die zuständige Organisation streitet. (Weiterkeit.) In dieser Beziehung ist viel gesündigt worden. Es kommt gar nicht darauf an, ob diese oder jene Organisation ein paar Mitglieder mehr hat, sondern nur darauf, wie sich die Arbeiterschaft am besten organisiert. (Lebhafte Zustimmung.) Im einzelnen hat die Redaktionskommission gestern ihre Beschlüsse nach 10 1/2 stündiger Beratung einstimmig gefaßt. Neu sind gegenüber den früheren Beschlüssen der Vorstandskonferenz die dreimonatliche Übertrittszeit statt der früheren sechsmonatlichen, die Zulassung der Organisation im Hauptberuf statt im Haupt- und Nebenberuf und die Vorschriften über die Zugehörigkeit anderer Organisationen bei Streiks und Lohnbewegungen. Nach diesen einstimmigen Beschlüssen halte ich eine ausführliche Erörterung der ganzen Grenzstreitigkeiten mit ihren häßlichen Auswüchsen nicht für erforderlich. Sie kommen doch zu keinem anderen Resultat als die Organisationsverhältnisse und die Entwicklung der Industrie es uns vorschreiben. (Lebh. Beifall.)

Von den Abänderungsanträgen findet der der Gemeindearbeiter auf Streichung des Absatzes 4 nicht die nötige Unterstützung. Die Debatte wird auf morgen vertagt. Heute nachmittag wird eine Hafenrundfahrt und ein Ausflug nach der Lüge gemacht.

Soziales und Parteileben.

Generalversammlung des Verbandes der Schuhmacher. Es referierte Simon-Nürnberg über den internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart. Betreffend die Maifeier, die nicht mit auf diesem Kongress, aber in einer später stattgefundenen Konferenz erörtert wurde, wären die Gewerkschaftsbeamten der Ansicht gewesen, daß die Maifeier nicht mehr in der Weise wie bisher begangen werden könnte. Sie sollte in der Weise gefeiert werden, daß sie abends stattfindet und Versammlungen abgehalten werden. Die Unterstützung für die Gemahregelten hätte zur Hälfte die Partei, zur Hälfte die Gewerkschaften zu tragen. Dazumals sei er nicht zum Wort gekommen, wenigstens nicht öffentlich. Sonst aber hat er den Konferenzteilnehmern bestritten, das Recht zu haben, über derartige Angelegenheiten ohne Mandat Beschlüsse zu fassen. Dazu seien sie nicht berechtigt gewesen, hätten aber trotzdem die ganze Maifeier, das Ideal aller Genossen, illusorisch gemacht. Er habe gesagt, daß sich keine Gewerkschaft den Beschlüssen nicht fügen werde, sondern daß jedenfalls die Generalversammlung dazu Stellung nehmen werde. Die Generalversammlung in Nürnberg habe sich damit befaßt und beschlossen, daß, wenn die genügende Zahl Genossen am Ort vorhanden sind, die den 1. Mai feiern wollen, so wird auch die Feier am Tage begangen werden. In der daran sich anschließenden Diskussion bemerkt Haupt-Magdeburg, daß es Angelegenheiten in der Arbeiterbewegung gibt, die sich nicht mit dem Reden abhandeln lassen. Eine solche Angelegenheit sei die Maifeier. So, wie sie aber von der Maifeier-Konferenz abgetan worden sei, könne es nicht geben. Das wäre der reine Lotzschlag des Idealismus der Massen und so etwas würden

Ne nicht mitmachen, denn die Massen, die den 1. Mai feiern wollten, ließen sich niemals so und bald wieder so kommandieren. Beide Reden, die des Kollegen Simon sowohl als auch die des Kollegen Haupt wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Alle Delegierten erklärten sich einstimmig mit den Ausführungen der beiden Redner voll und ganz einverstanden.

Vom Krankenkassenkrieg in Stuttgart. Seit Jahr und Tag herrscht zwischen der Stadtverwaltung Stuttgart und den vereinigten Ortskrankenkassen ein erbitterter Streit, der dem Stadtrats bereits an die 100 000 Mark Kriegskosten verursacht hat. Gegenstand des Streites ist die Höhe des Pflegegeldes 3. Klasse in den städtischen Spitälern. Der Krieg wäre wahrscheinlich garnicht ausgebrochen, sicherlich aber hätte er diese Dauer und Schärfe nicht erreicht, wenn nicht die Herren Demokraten und ihre Presse eine unverantwortliche Hege gegen die Krankenkassenverwaltung inszeniert hätten. Nach Mughanchem Rezept wurde die Verwaltung der Krankenkassen verdächtigt, sie treibe sozialdemokratische Parteipolitik, sie sei so liberal in ihren Leistungen, um den sozialdemokratischen Kassenmitgliedern in Notfällen, bei Arbeitslosigkeit usw. das Wahlrecht zu erhalten usw. Schließlich trieben es die Herren Demokraten so bunt, daß sich die Arbeitgeber in der Krankenkassenverwaltung, Nationalliberale, Konservative usw., zum Teil Leute in führenden Parteistellungen, öffentlich gegen diese demokratischen Anwürfe verwahrten und weiter betonten, daß sie in diesem Streit aus sachlichen Gründen und in Ansehung der Leistungsfähigkeit der Kasse mit den Arbeitervertretern gemeinsam beschloßen und gehandelt hätten. — Der Krieg hat folgende Vorgeschichte: Im Mai des vergangenen Jahres schloßen sämtliche Krankenkassen Stuttgarts einen Ring zwecks Dinaufhebung des Pflegegeldes 3. Klasse von 1,70 auf 2,20 Mk. pro Tag. Die treibende Kraft war die Verwaltung des städtischen Katharinen-Spitals. Die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts stimmten der Forderung zu. Mit der Krankenkassenverwaltung vorher zu verhandeln oder sie auch nur zu verständigen, hatte man sorgsam vermieden. Man wollte die Kassen überumpeln und ihnen die Mehrausgabe von 80 bis 100 000 Mk. jährlich aufzwingen, ohne jede Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit. Die Kassen erbaten sich, den Pflegefuß von 1,70 auf 2 Mk. pro Tag zu erhöhen. Monatlang ließ man dieses Anerbieten ohne Antwort. Daraufhin schloß die Kassenverwaltung Verträge zum Pflegefuß von 2 Mk. mit den Spitälern in der näheren und weiteren Umgebung Stuttgarts ab und bogkottierte sämtliche Stuttgarter Spitäler. Nur transportunfähige Kranke wurden in die Stuttgarter Anstalten eingewiesen. Nach wenigen Wochen waren die Privatspitalsangehörigen und die der kirchlichen Vereinigungen bereits müde. Sie traten von der Vereinigung mit den städtischen Spitälern zurück und schloßen ihren Frieden mit den Kassen auf Grundlage des 2. Mark-Pflegefußes. Die sozialdemokratischen Rathausvertreter bemühten sich, den Boykott gegen die städtischen Anstalten ebenfalls zu beenden. Sie fanden Unterstützung bei Nationalliberalen und anderen bürgerlichen Parteien, den Demokraten aber gelang es, die veruchte Einigung zu hintertreiben. Vor wenigen Tagen unternahm die sozialdemokratische Fraktion nochmals den Versuch. Am Freitag endlich nahmen die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts einen Vergleichsvorschlag an, der die Basis zu einer Einigung bilden kann. Demnach soll für dieses Jahr noch der Satz von 2 Mk. gelten; nächstes Jahr soll die Kasse 2,10 Mk., übernächstes Jahr dann 2,20 Mark zahlen. Die Tatsache, daß seit Juli des vergangenen Jahres Hunderte Betten in den städtischen Spitälern unbenutzt stehen, während die anderen Anstalten fast ständig vollbesetzt sind, daß ferner das Leerstehen der Betten bei Fortdauer der Verwaltungsausgaben, des Arzthonorars, der Besoldung des Pflegepersonals usw. der Stadtkasse einen Ausfall von rund 100 000 Mk. verursacht hat, hat die bürgerlichen Kollegien den Vernunftgründen der Sozialdemokratie zugänglicher gemacht. So steht zu erwarten, daß der nun fast ein volles Jahr währende Krankenkassenkrieg in Bälde beendet sein wird. Aber unvergessen wird bleiben, in welcher Weise die demokratische Presse und ihre Hintermänner gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen gehegt haben, denn auf weiter nichts laufen die Verdächtigungen hinaus, die Kassenverwaltung treibe sozialdemokratische Parteipolitik.

Zum Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Am 22. Juni begann in Eisenach im Kurhaus Hotel Fürstenhof der 5. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Berichte der Organe des Zentralverbandes über ihre Tätigkeit im Geschäftsjahre 1907, der Bericht des Vorstandes, der Bericht des Sekretärs, der über die Tätigkeit des Tarifamtes und über die Entwicklung der Unterbringungskasse. Aus dem Berichte des Vorstandes und des geschäftsführenden Sekretärs Heinrich Kaufmann ist hervorzuheben, daß das Jahr 1907 für die im Zentralverband vereinigten Konsumvereine wiederum ein Jahr rascher Fortschritte nach allen Richtungen gewesen ist. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften ist von Ende 1906 bis Ende 1907 von 929 auf 985 gewachsen, die Mitgliederzahl von 781 600 885 000, die Zahl der Verkaufsstellen von 2300 auf 2560, die Zahl der in der Warenverteilung beschäftigten Personen von 8500 auf 10 300, die Zahl der in der Eigenproduktion beschäftigten Personen von 2155 auf 2449. Der Umsatz der Konsumvereine betrug Ende 1906 258 Millionen, für das Geschäftsjahr 1907 303 Millionen. Der Bruttoertrag in den beiden Jahren 41 und 47 Millionen, der Gewinn der Konsumvereinsmitglieder, den man richtiger als Grubrigung bezeichnet, 21 Millionen gegen 19,3 Millionen im Vorjahre. Am stärksten sind die Konsumvereine und ihr Wachstum in Sachsen und Süddeutschland, am weitaus schwächsten in Berlin und der Provinz Brandenburg. Mit dem Wachstum der Konsumvereine haben naturgemäß auch die Einrichtungen des Zentralverbandes eine Förderung erfahren. In dem Sekretariat sind zurzeit zur Bewältigung der laufenden Arbeiten allein 90 Personen angestellt. Das Bedürfnis nach genossenschaftlicher Literatur ist ebenfalls gestiegen. Das frühere Frauengenossenschaftsblatt ist zu einem genossenschaftlichen Volksblatt ausgebaut worden und hat 170 000 Abonnenten. Das eigentliche Verbandsorgan, die Konsumgenossenschaftliche Rundschau, hat 5500 Abonnenten, daneben gibt der Zentralverband gute Volksliteratur und zahlreiche Konsumgenossenschaftliche Broschüren heraus und eine Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz, die auf Wunsch aller Zeitungen ohne Unterschied der Parteirichtung gratis zugeht. Ähnliche Fortschritte, wie die Konsumvereine selbst, hat die Großverkaufsgesellschaft gemacht, die jetzt ihr 14. Geschäftsjahr beendet hat. Die Zahl der angeschlossenen Konsumvereine ist auf 500 gestiegen, die Zahl der bei ihr laufenden Konsumvereine auf 1400. Der Umsatz hat sich von 45 auf 60 Millionen Mark, also um fast 30 Proz. gesteigert, eine gewaltige Zunahme, die einen Rekord in der Entwicklung genossenschaftlicher Organisationen darstellt. Von dem Gewinn der Großverkaufsgesellschaft und der Kon-

sumvereine sind 887 000 Mark zu Volksbildungs-, gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken überwiesen worden. Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine steht in der Entwicklung der genossenschaftlichen Organisation in Deutschland überhaupt mit an erster Stelle.

Nochmalige Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Wie bekannt, regelte der am 27. April in Berlin für das Baugewerbe gefällte Schiedsspruch nur die Lohnfrage für die zur Verhandlung stehenden Lohnbezirke, während die übrigen Differenzpunkte — die wegen der verschiedenen örtlichen Verhältnisse durchaus nicht gleichartig sein können — zur weiteren Verhandlung in die örtlichen Instanzen verwiesen wurden und eventuell durch ein am Differenzort einzusetzendes Schiedsgericht ihre Erledigung finden sollten. Die diesmaligen Tarifverhandlungen sind der erstmalige Versuch, für einen großen Teil der bedeutendsten Bezirke und einzelnen Lohngebiete des Reiches die Verhandlungen gemeinsam zu führen. Bei dieser Neuerung ergaben sich erklärlicherweise Schwierigkeiten, die erst durch Erfahrungen überwunden werden können. Es machte sich deshalb eine nochmalige Verhandlung der Zentralvorstände der in Betracht kommenden Organisationen erforderlich, in der die noch vorhandenen Streitigkeiten beigelegt werden sollten. Die Verhandlung wird unter dem Vorsitz der drei unparteiischen Herren Staatsräten und zwar in Berlin am 28. Juni und folgende Tage.

Weil nicht genügend Arbeit vorhanden, wirft der Freiherr von Heyl seinen Arbeiterausschuß auf die Straße. Vor einem nationalen Vertrauensmann der Firma Heyl in Worms wird der „M. Volksztg.“ geschrieben: Dieses Kunststück, das wohl einzig dastehen dürfte, hat der große „Sozialpolitiker“ Herr v. Heyl fertiggebracht, indem er kurz vor Pfingsten sechs Arbeiter auf die Straße warf, die 10 bis 20 Jahre in seinem Betrieb beschäftigt waren und die zur Hälfte sogar dem Arbeiterausschuß angehört (sogenannte Vertrauensleute). Nach dieser Heldentat, wird wohl das Loblied, das von gewisser Seite bis zum Überdruß auf die „Rustefirma“ gesungen wird, verstummen müssen. Damit aber die Allgemeinheit sich über diesen Fall ihr Urteil bilden kann, sei er im folgenden kurz wiedergegeben. Weil in einer Werkstatt der Firma Heyl große Unzufriedenheit über die Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschte, nahm man die Vertrauensleute der Werkstatt mit noch drei anderen älteren Arbeitern und stellte sie in den Hof. Nach 14 Tagen gab man der ganzen Sektion wegen Mangels an Arbeit ihre Entlassung. Dieser Entlassungsgrund fand bei den Arbeitern keine Geltung, weil sofort, nachdem sie ihre Strafarbeit im Hofe angetreten hatten, eine ganze Anzahl junger Leute angeleitet wurde. Die Entlassenen ließen sich deshalb bei dem Herrn Baron melden, damit er das Käsel löse. Und dieser Herr fand auch eine ganz einfache Lösung. Er belehrte die Arbeiter nämlich, daß sie für ihre seitherige Beschäftigung zu alt wären, da diese eigentlich eine Vorarbeitenarbeit sei und es somit im Interesse der Firma liege, für diese Arbeit nur jugendliche Arbeiter zu verwenden. Die Entlassung könne also nicht rückgängig gemacht werden.

„Unpolitische“ Kriegervereine. In Darmstadt fand am Sonntag die Versammlung des Kriegerverbandes „Patria“ statt, dem 55 Vereine aus dem Großherzogtum Hessen angehören. Die Versammlung nahm unter anderem auch folgende Resolution an:

Die Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig Gewerkschaften angehören, so lange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. Die beruflichen Interessen der Kameraden Arbeiter sind außerhalb der Verbände- und Vereinstätigkeit durch geeignete Kameraden tunlichst zu fördern, insbesondere durch solche, welche als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder in anderer Eigenschaft im gewerblichen und industriellen Leben nahe stehen.

Es wird den Kriegervereinen verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, höchstens dürfen sie gelben oder christlichen Vereinen angehören. Die Kriegervereins-Helden scheinen das richtige Gefühl zu haben, daß Arbeiter, die ehrlich bestrebt sind, ihre Lage zu bessern, keinen Platz in dem Kreise schwanzender „Patrioten“ hätten.

Zur Beleuchtung der „Wohlfahrts-Einrichtungen“. In Walgast hat der Zementfabrikant Quistorf am Sonnabend 37 Arbeiterfamilien rücksichtslos aus den Werkswohnungen verjagt und sie ohne Erbarmen auf die Straße gesetzt! So sieht die „christliche Wohltätigkeit“ des frommen Herrn Quistorf in der Praxis aus! Die „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Arbeiterwohnung war ihm lediglich Mittel zum Zweck der Ausbeutung der Lohnsklaven, wie ja das mit den „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Unternehmer bestellt ist. Nachdem er Gendarmen und Militär vergeblich auf die Streikenden gehegt, glaubt der Fabrikant wohl durch die neueste Aktion die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Die Arbeiter werden sich trotzdem das Koalitionsrecht nicht rauben lassen.

Achtung, Steinarbeiter! Wegen Nichtanerkennung unserer Forderungen sind die sämtlichen Betriebe der Bayerischen Granit-Altien-Gesellschaft im Bayerischen Wald für Steinmehnen, Pflasterer, Brecher und Kitzer bis auf weiteres gesperrt.

An die Bezirks- u. Kreisleitungen der sozialdemokratischen Partei! Laut Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission schließt das laufende Geschäftsjahr der sozialdemokratischen Partei mit dem 30. Juni dieses Jahres. Alle Beiträge der Kreise, die in diesem Geschäftsjahr verrechnet werden sollen, müssen bis zum 30. Juni zu Händen des Kassierers sein.

Der Parteivorstand.

Aus Nah und Fern.

Krematorium in Gera. Die Regierung des Fürstentums Reuß j. L. hat der Stadt Gera die Erlaubnis zur Errichtung eines Krematoriums erteilt. Es bestehen zurzeit in Deutschland Krematorien in Bremen, Chemnitz, Eisenach, Gotha, Hamburg, Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Koburg, Mainz, Mannheim, Offenbach a. M., Stuttgart und Ulm. Ueber das hat noch immer keines!

Fünf Seelenverkäufer verhaftet. In der Nacht zum 20. Juni wurden in Retowitz (Oberschlesien) auf dem Bahnhof vier Männer und eine Frau, die unter dem dringenden Verdacht stehen, Mädchenhandel zu treiben, verhaftet. Die Leute kamen über Hamburg aus Argentinien und wollten nach Rußland. Der Name des einen Verhafteten ist in einem der letzten Mädchenhändlerprozesse öfter genannt worden. Die Verhafteten sind die Kaufleute Abraham und Drosol Slabojschowski, Joh. Rebock, Salomon Rubin und Mendel Murnberg. Ein Bruder des letzteren wurde bereits vor einigen Monaten des Mädchenhandels überführt. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der kürzlich von Argentinien aus ergangenen Warnung.

Der böse Schwiegerjohn. Zu dem ewig partiierten Thema von der „bösen Schwiegermutter“ wird einmal ein gegenläufiges Stück aus Mühlausen in Thüringen berichtet: Unter dem Verdacht, seine Schwiegermutter, die 57

Jahre alte Witwe Margarethe Schmalbruch zu Lode nisch handelt zu haben, wurde dem „Erf. Allg. Anz.“ zufolge der 24 Jahre alte Schwiegerjohn der Verstorbenen, der Landwirt Thor in Eigenrieden zur Anzeige gebracht. Thor meldete am Freitag auf dem Standesamt den Tod seiner Schwiegermutter mit dem Bemerkten, daß er die Frau, als er vom Felde heimgekommen sei, leblos im Zimmer vorgefunden habe. Da dem Beamten die übrigen von L. gemachten Angaben unwahrscheinlich vorkamen, erstattete er Anzeige beim Gericht. Eine Gerichtskommission fand die Leiche in einer auffallend schlechten Beschaffenheit vor; der Körper der Toten war nur noch Haut und Knochen und wies zahlreiche Wunden und dunkle Flecke auf, die von Schlägen herrührten. Durch die vom Gericht vorgenommene Ermittlung wurde festgestellt, daß die Frau seit dem Tode ihres Mannes, der im März vorigen Jahres starb, wiederholt Schläge von ihrem Schwiegerjohn erhielt, wenn sie etwas nicht nach seinem Willen ausführte. Besonders roh wurden aber die Mißhandlungen in den letzten drei Wochen, wo die Frau, wie bekundet wurde, fast täglich mit einem besenstielstarken Mittel bearbeitet wurde. Den größten Teil ihres Lebensunterhaltes mußte sich die Frau bei anderen Dorfbewohnern erbetteln, wobei sie aber hat, ja nichts ihrem Schwiegerjohn zu erzählen, da sie dann wieder geschlagen werden würde. Höchstwahrscheinlich hat der Schwiegerjohn aber trotzdem Kenntnis davon erhalten, daß seine Schwiegermutter betteln ging, denn er sperrte sie vor etwa acht Tagen in ein Zimmer seiner Wohnung ein, wo die Unglückliche dann mehr Schläge als Nahrung erhielt. Dort wurde sie auch als Leiche aufgefunden. Als Grund für die Handlungsweise des Angeschuldigten nimmt man an, daß er sich in den Grundbesitz der Frau, die von ihrem Mann 18 Morgen Land geerbt hatte, setzen wollte, da sie ihrem Schwiegerjohn das Gelände nicht freiwillig übergab. Die Dorfbewohner nehmen dem Thor gegenüber eine drohende Stellung an, so daß dieser kaum seine Wohnung verlassen kann.

Dreißig Häuser durch spielende Kinder in Rom. Das oft gerügte Spielen der Kinder mit Zündhölzern hat wieder eine große Feuersbrunst verursacht. Aus Schönlank in Polen wird gemeldet: Infolge des Spielens von Kindern mit Zündhölzern brannten in Romshof dreißig Gebäude nieder. Der Schaden beträgt 150 000 Mark.

Die Tifliser Bankräuber vor Gericht. Das Landgericht in München verhandelte gegen die russische Studentin Rawitsch, die verhaftet worden war, als sie vom Tifliser Bankraub herrührende Banknoten wegschleufte, und gegen die russischen Studenten Ghasfarang und Khodjanian, bei denen gleichfalls aus dem Tifliser Bankraub herrührende Banknoten gefunden worden waren. Die bayrische Regierung hatte beklagt die Auslieferung der drei Verhafteten an Rußland abgelehnt, dagegen das Verfahren wegen Vergehens der Begünstigung gegen sie eingeleitet. Das Urteil lautet gegen alle drei Angeklagten auf je ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von je zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Die beschlagnahmten Banknoten werden der russischen Regierung ausbezahlt werden.

Ein schreckliches Unglück hat sich, wie schon berichtet, in St. Etienne ereignet. Neun Arbeiter wurden getötet, ein Bergmann schwer verletzt. Hierzu wird uns noch aus Paris gemeldet: Der Schacht Montmartre II bildet ein Rechteck, dessen Südseite die Stadt St. Etienne unmittelbar begrenzt. Er gehört der Beaubrunsch Abteilung der 4200 Arbeiter beschäftigten Voire-Gruben an. Diese verloren von 1889 bis 1891 bei drei Katastrophen 882 Mann durch Schlagwetter. Seit einigen Tagen wütete im Schacht ein Brand in einer Tiefe von 200 Meter. Zur Eindämmung der Feuersbrunst wurden Sonntag nachmittags um 2 Uhr durch den Montmartre-Schacht fünf mit diesen Arbeiten besonders gut vertraute Männer hinabgelassen. Um zehn Uhr abends sollten sie abgelöst werden, doch wurde angeblickt, weil Gefahr im Verzuge schien, verfügt, daß sie die Nacht durchzuarbeiten hätten, und zwar gemeinsam mit vier anderen, die um zehn Uhr abends ihnen beigegeben wurden. Das Unglück dürfte gegen 4 Uhr morgens geschehen sein, wie man annimmt, infolge Eindringens schädlicher Gase durch die mangelhaft geschlossenen Tore zwischen der Arbeitsstätte und dem Raum, in dem Feuersbrunst fortwütete. Man hoffte von Josef Raynaud, einem noch lebend aufgefundenen Arbeiter, Aufklärungen zu erhalten. Er starb aber, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, in den Armen seines Bruders. Der jüngste der neun im Verwaltungsbureau aufgebahrten Arbeiter war 20, der älteste 58 Jahre alt. Die Abteilung, die Montag morgen einfuhr, hatte noch keine Ahnung von dem Unglück. Der erste Tote wurde an einer Gallerietür gefunden. Die leidtragenden Familien erhalten von allen Bewohnern St. Etennes Sympathiebeweise.

Eine Kasernenatragödie. Aus Modane im französischen Departement Savoyen wird gemeldet: Vier Soldaten überfielen auf dem Weg nach der Kaserne einen ehemaligen Unteroffizier des 158. Infanterieregiments namens Bovel und töteten ihn. Die Täter wurden verhaftet.

Zivilisierte Bestien. Aus Houston in Texas wird gemeldet: Am Sonntag abend wurden unweit von Gemp Hill neun Neger getötet, weil sie angeblich zwei Weiße ermordet hatten. Weiße und Neger gehen nur bewaffnet aus. Man befürchtet Rassenkämpfe.

Kunst und Wissenschaft.

Gustav Schmoller beging am 24. Juni seinen 70. Geburtstag. Schmoller gehört zu der großen Gruppe deutscher Nationalökonomien, die unter dem Einfluß der Lassalischen Agitation der herrschenden manchesterlichen Richtung scharf zu Leibe gingen. Schmoller brach eine Lanze gegen den blindwütigen Sozialistenfresser Treitschke, der in seiner Schmähchrift: Der Sozialismus und seine Götter, nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch den Kathedersozialismus giftig begeßerte. Schmoller zählt zu den Begründern des Vereins für Sozialpolitik. Er ist stets mehr Historiker als theoretischer Nationalökonom gewesen. Zur Förderung der theoretischen Nationalökonomie hat er wenig oder nichts beigetragen. In der Politik war er durchweg ein Mundstück der preussischen Regierungspolitik. Schmoller hat mit Nachdruck das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie verteidigt!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“.